

Telegraphische Depeschen.

\* Berlin, 5. Juni. Sr. Maj. Dampfanonenboot Cyclop, 4 Geschütze, Commandant Capitänlieutenant v. Schudmann I., hat am 9. April Chesoo verlassen, traf am 12. April in Shanghai ein, ging am 15. April wieder in See und ankerte am 22. April im Hafen von Hongkong.

\* Braunschweig, 5. Juni. Die Lehrerversammlung nahm heute folgende Resolution an: „Die Lösung von der Schule mit dem vollendeten 14. Lebensjahre ist zur Erlangung einer guten Volksschule verfrüht und es sind deshalb obligatorische Fortbildungsschulen für beide Geschlechter zu errichten.“ Als nächster Versammlungsort wurde Karlsruhe gewählt und alsdann die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf Sr. Maj. den Kaiser geschlossen.

\* München, 5. Juni. Die Einberufung des bairischen Landtages ist für den 14. Juli in Aussicht genommen.

\* München, 5. Juni. Die Delegirtenconferenz der deutschen Gewerbekammern erklärte sich in ihrer heutigen Schlusssitzung mit allen gegen zwei Stimmen für die Einführung der obligatorischen Lehrlingsprüfung und für die Einführung der Arbeitsbücher für alle Arbeiter, selbst für diejenigen, die das 21. Jahr bereits überschritten haben; ferner für die Beschränkung der Schankwirthsconcession nach dem Gesichtspunkte des Bedürfnisses. Der hamburgrer Antrag wegen Beschränkung der allgemeinen Wechselbarkeit wurde zurückgewiesen. Als nächster Vorort ist Stuttgart gewählt.

\* Paris, 5. Juni nachmittags. Präsident Grévy hat heute noch ein weiteres und letztes Decret in Betreff derjenigen Teilnehmer an dem Communeaufstande unterzeichnet, welche auf Grund des Amnestiegesetzes begnadigt werden. Blanqui befindet sich nicht unter dem Decret Genannten, sondern dürfte erst nach dem 6. Juni begnadigt werden. Die nach diesem Zeitpunkte eintretenden Begnadigungen haben nicht die Wirkungen derjenigen Begnadigungen, welche in Gemäßheit des Amnestiegesetzes erfolgen.

\* Paris, 5. Juni. Das Journal officiel veröffentlicht ein Decret, durch welches weitere 288 wegen Theilnahme an dem Communeaufstande im Jahre 1871 verurtheilte Personen begnadigt werden.

\* Paris, 5. Juni. Nach weiteren aus Algier eingegangenen Nachrichten sind die in der Provinz Konstantine ausgebrochenen Unruhen unerheblich und beschränken sich auf einen zwischen dem Stamm Duled Daoud und dem Stamm Duled Bousliman ausgebrochenen Streit.

\* Versailles, 5. Juni. Der Deputirtenkammer wurde vom Handelsminister heute ein Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung der bestehenden Handelsverträge auf sechs Monate vorgelegt.

\* Petersburg, 5. Juni. Das Journal de Saint-Petersbourg schreibt, in competenten Kreisen werde eine Uebersetzung der neuen innern Anleihe als sicher angenommen. Schon gestern seien bei hiesigen Bankhäusern bedeutende Aufträge aus dem Inlande und aus dem Auslande und zwar mit Vorausbezahlung eingelaufen, welche bewiesen, daß das Ausland auf den russischen Credit Vertrauen setze und zu der gesicherten allmählichen Creditbesserung Vertrauen hege. Das Blatt weist ferner nach, daß von der zweiten Orientanleihe mehr als ein Drittel zur Verminderung der schwebenden Schuld verwendet worden ist und daß die Anleihe außerdem zur Verminderung der Emission und Circulation von Papiergeld gedient hat. Man könne mit Sicherheit darauf rechnen, daß die neue Anleihe in noch weit größerem Maße demselben Zwecke dienen solle. Die neue Anleihe erscheine demnach als ein neuer Schritt zur Consolidirung der durch den Krieg geschaffenen schwebenden Schuld.

\* Wien, 5. Juni. Meldungen der Politischen Correspondenz aus Philippopol von heute: „Das neuernannte Regierungsdirectorium hat sich bis jetzt vorzugsweise mit den Angelegenheiten der Miliz beschäftigt; die vom russischen Souvernement für die Miliz bisher verwendeten Beträge wurden dabei von demselben als zu hoch befunden, so daß das Directorium beabsichtigt, den Präsenzstand der Miliz zunächst zu reduciren. Der bulgarische Exarch mit den Notabeln stattete gestern dem französischen Delegirten Baron Ring einen Besuch ab und versicherte denselben seiner Dankbarkeit gegen Frankreich wegen der von diesem bewiesenen werththätigen Sympathien.“ — Aus Athen von heute: „Der Conflict mit der Pforte wegen der letzten Vorfälle an der Grenze ist beigelegt worden.“

\* Paris, 4. Juni. Wie der Agence Havas aus Athen gemeldet wird, hätten die dortigen Gesandten Frankreichs, Deutschlands und Italiens von ihren respectiven Regierungen den Befehl erhalten, die griechische Regierung aufzufordern, Commissare für die in Konstantinopel zu erfolgende Wiedereinnahme der Verhandlungen mit der Pforte über die griechische Grenzfrage zu ernennen. Voraussetzlich werde die griechische Regierung dieselben Commissare, welche die bisherigen Verhandlungen mit der Pforte führten, für die weitem Verhandlungen ernennen.

\* Wien, 4. Juni. Nachdem auch Italien den neuesten Vorschlägen Waddington's in der griechisch-türkischen Grenzfrage zugestimmt hat, sind sowohl die Pforte als Griechenland aufgefordert worden, Bevollmächtigte behufs neuer Verhandlungen darüber zu ernennen. (Indép. belge.)

\* Washington, 5. Juni. Schatzsecretär Sherman macht amtlich bekannt, daß die Operationen zur Consolidirung der Staatsschuld am 31. Juli d. J. aufhören werden, sobald dieselben zur Wirkung gehabt haben, daß die Nationalschuld von dem Betrage von

2381 Mill., den dieselbe im Jahre 1865 hatte, auf die Summe von 1797 Mill. herabgemindert worden ist. Die Jahreszinsen auf die Staatsschuld werden dann von 151 Mill. auf 84 Mill. zurückgeführt sein. — Die demokratische Convention von Ohio hat eine Resolution angenommen, welche Schutz für die Rechte aller naturalisirten, im Auslande sich aufhaltenden amerikanischen Bürger verlangt.

Die „föderativen Garantien“ bei der Finanzreform.

N.L.C. Berlin, 5. Juni. In den Erörterungen der Centrumpresse über die Stellung ihrer Partei zur Finanzreform spielt eine Hauptrolle die Forderung der „föderativen Garantien“. Nach einer nähern Erläuterung dieser Forderung haben wir und bisher vergebens umgesehen. Die „Germania“ gibt indeß einen Fingerzeig, indem sie auf die Rede des Abg. Windthorst in der Generaldebatte über den Zolltarif verweist. In derselben finden wir nun folgende Stelle:

Wir haben durch die Reichsverfassung den Einzelstaaten das Recht, indirecte Steuern aufzuerlegen, entzogen, was ist natürlicher, als daß sie an uns kommen und sagen: mit dem, was wir haben, können wir nicht mehr auskommen, ihr müßt uns indirecte Steuern geben, und daß der Reichstag oder das Reich erwidert: wir wollen einen solchen Beitrag an indirecten Steuern aufschreiben, wir wollen sie einnehmen und verwalten, und sie werden bereitwillig genau so, wie es zur Zeit des Zollvereins war; alle Staaten haben ihr Geld, und das Reich hat von ihnen das zurückerhalten, was es zu haben nöthig hat, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Diese Form gefällt mir viel besser als jegliche andere, und ich glaube auch, daß mit einer solchen Form der föderativen Charakter des Reiches besser bewahrt und am besten zum Ausdruck gebracht wird. Denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen, meine Herren, wir stehen bei diesen Fragen gegenüber einem Schritte, der den Einheitsstaat vollendet, und darum sind die proponirten Maßregeln für mich von so eminenter Bedeutung und Tragweite.

Das heißt also in kurzen Worten: „Beibehaltung des Systems der Matriculaturbeiträge, dagegen Ueberweisung aller neuen indirecten Steuern an die Einzelstaaten!“ Es wäre von Interesse, zu wissen, ob dies die vom Centrum verlangten föderativen Garantien sind. Sind sie es, so wird sich schwer sagen lassen, wie ein solcher Standpunkt mit demjenigen des Reichskanzlers in Einklang gebracht werden könnte. Fürst Bismarck sagte noch in seiner Rede vom 2. Mai:

Gewiß ist, daß es für das Reich unerwünscht ist, ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten zu sein, ein mahrender Gläubiger, während es der freigelegte Verfolger der Einzelstaaten sein könnte bei richtiger Verwendung der Quellen, zu welchen die Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reiches gelegt, bisher aber nicht benutzt worden sind. Diesem Zustande muß, glaube ich, ein Ende gemacht werden, denn die Matricularumlage ist ungleich und ungerecht in ihrer Vertheilung, wie damals Hr. Miquel sagte; 30- oder, wie er sagte, 100000 Bewohner von Thüringen oder Baden können nicht ebenso viel bezahlen an Matricularbeiträgen wie 30- oder 100000 Bewohner von Bremen

Die 23. Allgemeine Deutsche Lehrerversammlung.

Die zweite Hauptversammlung wurde am 4. Juni mit dem Gesänge „Dir Gott, dir will ich fröhlich singen“ eröffnet. Den ersten Vortrag hielt der Schulrath Hoffmann aus Hamburg über das Thema: „Der Religionsunterricht darf der Schule, wenn diese ihren Zweck erreichen soll, nicht entzogen werden.“

Der Redner motivirte die Wahl seines Themas durch die vielfach gehörte Behauptung: der Religionsunterricht gehöre nicht in die Schule. Die Gründe dieser Forderung seien sehr verschieden, oft entgegengesetzter Art. Den einen ist der Religionsunterricht zu dogmatisch, zu confessionell, den andern scheint er Trennung zu bringen statt Vereinigung; wieder andere bestreiten dem Religionsunterricht die Berechtigung für das Alter der Schüler. Manche mögen ihn deshalb nicht ertheilen, weil sie mit ihrem Gewissen nicht vereinigen können; was sie lehren sollen. Einzelne wenige erklären ihn auch für gänzlich erfolglos. Die Meinung des Redners ist die, daß die Schule den Religionsunterricht nicht entbehren könne, weil sie sich sonst des Mittels berauben würde, welches den Lehrer am meisten befähige, auf Gemüth und Sittlichkeit einzuwirken. Ohne Religionsunterricht würde aber die Schulbildung keine harmonische sein. Freilich eine gewisse Art des Religionsunterrichtes müsse aus der Schule fern bleiben. Der Referent fordert einen pädagogischen Religionsunterricht; zu demselben gehört eine richtige Stoffauswahl und eine methodische Behandlung. Er habe sich für seinen Religionsunterricht das Gesetz gemacht, in jeder Stunde nur das zu lehren, was die Kinder der Gottesfurcht, der Menschenliebe und Herzgüte näher bringe. Alles übrige lasse er fort, weil es für die Kinder überhaupt nicht ist oder noch nicht ist; es seien das zum Theil hochwichtige Dinge, aber sie mögen durch die Kirche gelehrt werden. Nicht in den Religionsunterricht oder wenigstens sehr sparsam in ihn gehöre, was reine Geschichte ist, wie Geschlechtsregister x. Auszumergen

sei der massenhafte Memorirstoff. Wenige Sprüche, welche dem Kinde Leitstern sind fürs Leben, seien mehr werth als 100 und mehr Sprüche, die nicht verstanden seien. In den Religionsunterricht gehören auch keine Beweise für Dinge, welche sich in der Schule überhaupt nicht beweisen lassen, wie das Dasein Gottes, die Unsterblichkeit x., sondern die als ein Eigenthum der Menschheit zu überliefernden seien, es sei denn, daß die Kinder aus den Häusern mit Zweifeln kommen.

In Bezug auf die Art und Weise des Unterrichts fordert der Redner, daß sie dem Alter und dem Verstande der Kinder angemessen sein müsse. Es sei deshalb vorzuziehen, absichtlich Gemüthsregungen herbeizuführen; der Unterricht solle eben keine Erbauung sein. Wohl wisse er, daß die Lehrer auch aufs Gemüth einwirken sollen; aber das dürfe nicht auf forcirte Weise geschehen, sondern durch Einfachheit. Die Erzählungen aus der biblischen Geschichte dürfen nicht novellenmäßig ausgeschmückt werden, das sei eine Entwürdigung der Bibel, bei der der Kern verloren gehe. Der Religionsunterricht solle dem Kinde Vorbilder geben für die ganze Lebenszeit, und zwar seien nur solche auszuwählen, welche in jeder Beziehung nachahmungswerth seien; Verbrechen schrecken nicht immer ab. Das Confessionelle gehöre nicht in die Schule. Der Lehrer müsse mehr wirken durch das, was Christus ist, als durch das, was er lehrt. Darum resumirte er: der Stoff für den Religionsunterricht sei zu beschränken, er werde nach pädagogischen Grundsätzen ertheilt und der Stoff, welcher dem Leben dienen solle, werde zum unverlierbaren Eigenthum gemacht. Nicht das Auswendiglernen von Kirchentexten, Sprüchen und Catechismus mache den Religionsunterricht aus; derselbe müsse vielmehr ein prattisch lebendiger sein. Wenn die Kinder von früh auf Regelmäßigkeit, Anstand und Wahrhaftigkeit in der Schule vor Augen haben, so werde der Lehrer durch sein Leben mehr als durch eine wohlgelegene Religionsstunde. (Lebhafte Beifall.)

Schuldirector Schaarschmidt-Braunschweig spricht dem Redner den Dank der Versammlung aus.

Seminardirector Trebner-Bremen bittet die Lehrer, nur ja nicht den Religionsunterricht aus der Hand zu geben; wer das Herz habe, habe den ganzen Menschen, das wisse die katholische Kirche sehr wohl. Im ganzen ist er mit dem Referenten einverstanden:

Jede biblische Geschichte enthalte eine Pointe, die in Beziehung zu der Hauptsache stehe, auf die es allein ankomme. Es werde nie gelingen, einen wissenschaftlich gebildeten Mann dahin zu bringen, alle biblischen Geschichten wörtlich zu nehmen. Dieselben seien für Orientalen geschrieben, die das Ewige an das Irdische anknüpfen. Aus der Schöpfungsgeschichte genüge der Gedanke: „Alles ist von Gott.“ Die Geschichte vom Sündenfall würde den nie von Zweifeln frei lassen, welcher sie als die Geschichte des einzigen Adam betrachte und nicht als die Geschichte eines jeden Menschen. Natürlich sei es nicht nöthig, das den Kindern zu sagen. Dieselben werden keine muthwilligen Fragen thun, wenn sie sehen, wie der Lehrer von dem überzeugt ist, was er lehrt. Die Versuchungsgeschichte sei vortrefflich und nicht zu entbehren. Aber wenn Jesus, 30 Jahre alt, als Birtuos der Sittlichkeit auftritt, so sei ihm das nicht im Schlaf überkommen, sondern er habe es so weit gebracht, weil er sich bei allen Versuchungen, die an ihn herantraten, gesagt habe: mein Vater hat es verboten oder ich will es nicht. Zur Vorführung allgemeiner religiöser Wahrheiten seien alle biblischen Geschichten geeignet. Für das Memoriren genügen 100 Sprüche inclusive der Psalmen. Christus sei zu zeigen als der „ideale Mensch“, als der „Wohltäter“ der Menschheit; ob er die Krankheit durch ein Wort oder durch längere Behandlung geheilt, sei unwesentlich. Sorge man dafür, daß die Menschen gekannt seien, wie er war!

Dr. Glacemeier Hannover wünscht, daß die 23. Allgemeine Deutsche Lehrerversammlung gegen die Unterstellung protestire, als ob die deutschen Lehrer den Religionsunterricht der Schule nehmen wollten.

Fauerbach-Hildesheim fordert Toleranz; der con-

Pf.  
tagstunden  
[1229]

STRIE.

PARIS.

ifenbein-  
a, Tape-

solche Er-  
als Muster  
Somit bildet  
utzen, indem  
a Vergleich  
ndung neuer  
der Abbil-  
kstatt, aber  
do in Besitz

reise

! und jurlich  
rück 1000  
Nordten  
über 100  
bet hat,  
li Extra-  
Ober-  
panien

Otto Rich-  
Herrmann  
- Dr. Re-  
mit Fel.  
Dr. Sym-  
Wilsdorf  
Kühne in

ch in Pöbam  
thst. —  
mit Fel.  
el Hanisch  
h. — Dr.  
Fel. Nanni  
Leipzig  
aus Steg-  
Hermann  
a mit Fel.  
er Gustav  
Präfer.  
u mit Fel.  
nieur Franz  
Elaa Ru-  
Hubert  
Sager aus

reiben in  
er. — Dr.  
Besau eine  
in Gohls  
Sidel in  
bel, geb.  
Kplograph  
h. — Fel.  
u Ida Jo-  
l, in Neud-  
Hans Mar-  
rau Marie

in Scipylg



ober Hamburg. Die Consolidation des Reiches, der wir ja alle zustreben, wird gefördert, wenn die Matricularbeiträge durch Reichssteuern ersetzt werden; sie würde auch nicht verlieren, wenn diese Steuern so reichlich ausfallen, daß die Einzelstaaten vom Reiche empfangen, anstatt daß sie sie bisher in einer nicht immer berechenbaren und für sie unangenehmen Weise zu geben hatten.

Wie man sieht, ist dies das directe Gegentheil der Wünsche des Hrn. Windthorst. Die heutige Provinzial-Correspondenz versichert nun zwar: „Die vielverbreitete Annahme, daß das Einvernehmen, welches bisher unter den Freunden der wirtschaftlichen Reform erfolgreich obgewaltet, den sogenannten Finanzjollen gegenüber seine Kraft verlieren werde, dürfte sich sehr bald als irrig erweisen.“ Und ferner: „Die Bedenken, welche von politischen Gesichtspunkten aus der Durchführung der Finanzreform entgegenzusetzen scheinen, dürften in vertrauensvollem Entgegenkommen ihre Erlebigung finden.“ Allein für uns, die wir von der Finanzreform — ganz im Sinne des Reichskanzlers — eine „Stärkung des Reichsgebankens“ erwarten, bleibt es denn doch ein Räthsel, wodurch die bairischen und welfischen Particularisten sowie die sonstigen grundsätzlichen Gegner eines „starken“ Reiches für eine Finanzreform — wohlverstanden, nach dem ursprünglichen Gedanken des Reichskanzlers! — gewonnen werden sollen.\*)

\*) Wir bemerken zu obigem Artikel der National-Liberalen Correspondenz, daß unter den „Bedenken von politischen Gesichtspunkten aus“, deren die neueste Provinzial-Correspondenz gedenkt, wir in erster Linie diejenigen verstehen zu müssen glauben, welche von liberaler Seite stets betont wurden — die wegen der sogenannten „constitutionellen Garantien“.

D. Red.

Die Frage der Strafgewalt des Reichstages.

— Leipzig, 6. Juni. Bekanntlich legten die Regierungen dem Reichstage sofort bei seinem Zusammentritt einen Gesetzentwurf vor betreffend die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder. Gegen denselben sprachen sich nicht bloß mehrere Wortführer der national liberalen und der Fortschrittspartei, ganz besonders heftig aber solche des Centrums, sondern sogar ein Redner der Reichspartei aus. Der Entwurf ward mit großer Mehrheit abgelehnt. Dagegen waren im Laufe der Verhandlungen darüber zwei Anträge eingebracht worden, welche beide den Zweck hatten, die Inangriffnahme dieser Frage — als einer innern Angelegenheit des Reichstages, was sie denn auch zweifellos war — diesem zu vindiciren. Der eine dieser Anträge ging von der Reichspartei, der andere von den National-Liberalen aus. Sie unterschieden sich darin, daß der erstere (v. Schwarze und Genossen) die Geschäftsordnungscommission mit Vorschlägen zur Erweiterung der Geschäftsordnung des Reichstages in Bezug auf ihren disciplinellen Theil betraut, der andere dagegen (Führ. Schenk v. Stauffenberg und Genossen) sie nur im allgemeinen beauftragt wissen wollte, sich gutachtlich darüber zu äußern, ob eine solche Erweiterung notwendig erscheine.

Der letztere Antrag ward angenommen. Die Geschäftsordnungscommission hielt, wie verlautete, alsbald eine Sitzung in dieser Sache; ob sie in dieser Sitzung etwas beschlossen und was, vernahm man nicht. Seitdem schwieg alles darüber.

Da bringt plötzlich — anlässlich gewisser Standa-

scenen in der französischen Deputirtenkammer, wie sie dort bekanntlich nicht selten sind — das officielle Blatt einer Einzelregierung, das Dresdner Journal, in Form einer Correspondenz aus Berlin einen längern Artikel, der jene Angelegenheit wieder ins Gedächtnis ruft. Anknüpfend an die betreffende Debatte in Versailles (am 24. Mai) sagte das Dresdner Journal in seiner Nummer vom 1. Juni:

In jener bewegten Sitzung kamen also in überraschender Vollständigkeit die schwersten Sünden zum Vorschein, die überhaupt auf dem Boden des parlamentarischen Lebens erwachsen können: persönlich beleidigendes Unterbrechen des Redners, Widersetzlichkeit gegen den Präsidenten, Unterstüßung dieser Widersetzlichkeit durch die Parteigenossen unter höhniischem Gelächter, sobann dreiste Provocation eines Vertreters der Regierung und als Schlußeffect eine empfindliche persönliche Beleidigung desselben. Man wird zugeben, daß ist so ziemlich alles, was sich leisten läßt, wenn es sich darum handelt, die parlamentarische Disciplin zu lockern und die Gesetze des persönlichen und gesellschaftlichen Anstandes bei der politischen Discussion für ungültig zu erklären.

So weit hat das Dresdner Journal vollkommen recht. Dann aber fährt dasselbe fort:

Leider können wir uns der Einsicht nicht verschließen, daß unser deutsches parlamentarisches Leben zu manchen dieser Ausschreitungen ebenbürtige Seitenstücke aufzuweisen hat, und wenn uns ein gültiges Gesicht davon bewahrt hat, in unserm Parlament alle diese Gebrechen und in einem und demselben Augenblicke gewahrt zu werden, so haben wir doch andererseits die schmerzliche Ueberzeugung, daß in manchem einzelnen Falle die Haltung einzelner deutscher Parlamentarier, im Vergleiche zu der jener französischen Excedenten, den letztern noch den relativen Glanz einer höhern gesellschaftlichen Schöpfung sichert.

Hierin können wir dem Dresdner Journal nicht recht geben, und es wäre wol zu wünschen, ja zu verlangen, daß für eine so weitgehende Behauptung, die, wenn sie sich als begründet erweise, einen tiefen Schatten auf die Vertretung der deutschen Nation werfen würde, irgend ein Beweis vorgebracht worden wäre. Wir wenigstens wissen keinen Fall aus dem Deutschen Reichstage, wo „Widersetzlichkeit gegen den Präsidenten“ seitens eines Redners, vollends „Unterstützung dieser Widersetzlichkeit seitens der Parteigenossen unter höhniischem Gelächter“, wo eine „dreiste Provocation eines Vertreters der Regierung“ zc. vorgekommen wäre. Das Dresdner Journal ergeht sich sodann in einer Aufzählung der einem französischen Kammerpräsidenten zur Verfügung stehenden Strafmittel gegen solche Ausschreitungen; es stellt diesem Beispiel das des Deutschen Reichstages, wo es keine solchen Mittel gebe, gegenüber, und bahnt sich damit den Weg zu folgender Naganwendung:

Wir meinen, solche Vorgänge sollten auch uns eine Warnung sein. Auch unsere jüngste parlamentarische Vergangenheit hat provocatorische Zwischenrufe aus der Mitte des Hauses zu verzeichnen, welche zu ähnlichen Scenen hätten führen können. Jedenfalls ist die Frage der Stärkung der Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder seit längerer Zeit in eine sehr bedenkliche Vergessenheit geraten. Es wird Zeit, sich ihrer wieder zu erinnern. Der Reichstag hat bei dem Beginn der Session die begüßliche Vorlage der Regierung abgelehnt. Statt ihrer Annahme wurde der Geschäftsordnungscommission der Auftrag erteilt, die Frage, ob Aenderungen der Geschäftsordnung notwendig seien, zu prüfen. Die Commission hat darauf wirklich eine Sitzung zur Berathung dieser Frage gehalten, dann ist sie in Vergessenheit geraten. Sehr unbedeutend und unzuverlässigweise. Wir wiederholen, es ist an der Zeit, sie sofort wieder in Fluß zu bringen und dahin zu wirken, daß wir endlich in den Besitz der Reformen gelangen, deren wir zur Sicherung einer wirklich geblühenden parlamentarischen Thätigkeit unbedingt bedürfen.

Die Auslassung des Dresdner Journals, die wir hier im Auszuge anführen (sie ist fast anderthalb Spalten lang), hätte an sich wol kaum eine besondere Aufmerksamkeit erregt (höchstens insofern, als man nicht gewohnt ist, das amtliche Dresdner Journal über politische Fragen, selbst solche des innern sächsischen Staatslebens, sich äußern zu hören); allein der Artikel erhielt eine verstärkte Bedeutung dadurch, daß er von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, dem amtlichen Organ der Regierung des leitenden Staates, vollständig reproducirt ward. In diesem Umstande glaubte man ein Anzeichen dafür erblicken zu sollen, daß regierungsfreudig die hier berührte Frage demnächst wieder angeregt werden dürfte.

Nun sind ja allerdings während der langen und (wie das in der Natur der Sache lag, da hier nicht bloß Ideen, sondern wesentlich Interessen gegensätzlicher Art aufeinanderstießen) nicht ohne Leidenschaft geführten Debatten über den Zolltarif auch einige Unterbrechungen, Zwischenrufe und starke Aeusserungen vorgekommen, sobad mehrmals theils Mahnungen seitens des Präsidenten, theils auch förmliche Ordnungsrufe stattfinden mußten. Allein in allen diesen Fällen hat sich die Disciplinargewalt des Präsidenten als vollkommen ausreichend erwiesen; von Scenen ähnlicher Art wie in Versailles ist auch nicht eine Spur zu bemerken gewesen. Uebrigens vertheilen sich die betreffenden Abweichungen von der parlamentarischen Ordnung nahezu auf alle Parteien, und selbst vom Bundesrathstische fielen Aeusserungen, die der Präsident als „parlamentarisch“ nicht anzuerkennen vermochte. Außerdem ist der speciell für diese Angelegenheit mit dem Vorsitz der Geschäftsordnungscommission betraute Präsident des Reichstages gegenwärtig ein Conservativer, ein Mitglied der dormaligen Regierungspartei; ihm zunächst läge es ob, die Sache wieder anzuregen, wenn er es angezeigt findet.

Möglicherweise freilich ist man gerade auf jener Seite einigermaßen in Verlegenheit wegen Behandlung dieser Frage. Denn man wird nicht vergessen haben, daß der numerisch stärkste Bestandtheil der gegenwärtigen Majorität, das Centrum, sich seinerzeit durch zwei seiner Redner, Hrn. v. Heereman und Hrn. Windthorst, gegen das Gesetz wegen der Strafgewalt des Reichstages auf das entschiedenste ausgesprochen hat. Ob die Herren jetzt anders darüber denken, wissen wir nicht; wo nicht, so könnte es leicht hierbei zu einem Bruch innerhalb der Coalition kommen.

Was die national-liberale Partei betrifft, so sollte diese, aus deren Mitte der Antrag auf Erörterung der Frage wegen einer eventuellen Revision der Geschäftsordnung hervorgegangen, unsers Erachtens nun auch diese Erörterung ihrerseits eher zu beschleunigen, als etwa todzuschweigen suchen. Daß man nicht auf die Vorschläge der Regierungsvorlage zurückkommen wird, setzen wir als selbstverständlich voraus. Ob es aber nicht zweckmäßig wäre, die discretionäre Gewalt des Präsidenten etwa dahin auszudehnen, daß er in schweren Fällen sogleich bei einer ersten Ausschreitung das Wort entziehen, resp. den Reichstag wegen Entziehung des Wortes befragen könnte, dieser Frage sollte man auch seitens der national-liberalen Fraction, meinen wir, nicht ausweichen, vielmehr ihr offen und gerade ins Gesicht sehen.

professionelle Unterricht solle nicht dazu benutzt werden, andere Confessionen in den Staub zu treten.

Debbe-Bremen vermahnt die Schule gegen die Behauptung, daß sie an der Entfittlichung unserer Tage schuld sei, und verlangt für den Lehrer die Freiheit, zu lehren, was er glaubt und für werthvoll hält.

Glademeier-Hannover hat einen Antrag eingebracht, der nach Berücksichtigung eines Amendements von Behrens-Braunschweig und Halben-Hamburg in folgender Fassung zur Annahme gelangte:

Die 23. Allgemeine Deutsche Lehrerversammlung protestirt gegen die in unsern Tagen mehrfach vernommene Beschuldigung, daß in der Schule der Gegenwart der Religionsunterricht nicht mehr mit altdeutscher Gewissenhaftigkeit und Treue gepflegt werde.

Von den geschäftlichen Mittheilungen sei erwähnt, daß die 24. Allgemeine Deutsche Lehrerversammlung 1881 in Karlsruhe tagen wird.

Darauf spricht Johannes Stangenberger-Hamburg über die Aufgabe der Volksschule zur Hebung eines nationalen Gesanges in Schule, Haus und Leben. Der Redner führt folgende Gedanken aus:

Die Schule erzieht und unterrichtet für das Leben, und dieser Grundsatz muß auch beim Gesangunterricht berücksichtigt bleiben. Künstlerische Leistungen können von der Schule nicht gefordert werden, aber man soll das Streben danach lebendig machen. Es werde kein Gesangstück eingeübt, welches nicht von unweiselhaft poetischem und musikalischem Werth ist. Auch beim einfachen Volkliede ist die Aufgabe des Unterrichtes: das, was Dichtung und Composition beabsichtigen, zum vollen Ausdruck zu bringen. Die Technik soll nicht Zweck sein, sondern Mittel. Die Musik soll nicht bloß Vergnügen an Tonspiel und Wohlklang sein, sie soll veredelnden Einfluß aufs Herz geltend machen. Die pädagogische Behandlung des Gesangunter-

richts setzt einen pädagogisch wie künstlerisch gebildeten Lehrer voraus. Die Bildung des deutschen Volkes durch Musik und für Musik hat nationale Bedeutung. Aus diesen Gründen wünscht der Referent erstens die Errichtung von Volksmusikschulen, zweitens die Herausgabe eines Wegweisers durch die musikalische Literatur mit besonderer Berücksichtigung der Volks- und Hausmusik.

Nach kurzer Debatte, in der Hr. Hermann aus Braunschweig sein Bedauern darüber ausdrückt, daß das deutsche Volklied nicht genug in der Volksschule gepflegt und der Gesangunterricht nicht genug in Beziehung zu den andern Unterrichtsfächern gesetzt werde, wird die zweite Hauptversammlung geschlossen.

Eine recht artige Episode wird aus dem Leben Berthold Auerbach's, aus einer Zeit, da dieser noch in hoher Politik machte, erzählt. Berthold Auerbach war im Jahre 1848 in seinem Heimatbezirke Candidat für das Parlament. Er sprach zu den Bauern, die damals manche fatale Theilungsgelüste hatten, in ihrer Art. „Die ganze Deutsche Geschichte“, sagte er, „ist eigentlich wie eine Geschichte vom Saad. Zuerst sollten nur die reichen Leute mitreden, das war die Zeit vom Gelsaad; dann sollten nur gelehrte Leute mitreden, das war die Zeit vom Schulsaad; jetzt aber kommt eine Zeit, wo, wie es uns scheint, nur noch einer zu reden hat, und das ist der Bettelsaad. Ich aber sage euch, geht gut Acht, sonst kommt ein anderer mit einem Obergewehr und Untergewehr, und dann herrscht über uns alle der Soldat mit seinem Schnappsaad.“ ... Vielleicht um den Einbruch dieser Rede wettzumachen, interpellirte nun ein schriftstübiger Wähler den Candidaten, was er denn von der Handelspolitik denke. Darauf antwortete Auerbach mit wahrhaft unpolitischer Ehrlichkeit, von diesen Dingen verstehe er freilich gar nichts, aber im nächsten Bezirk, da sei sein Freund W. gewählt worden, ein braver und in diesen Angelegenheiten gründlich erfahrener Mann, mit dem werde er in Handelsfragen

immer stimmen. Der Freund W. besand sich am Fusse der Tribüne, und als der Redner herabstieg, flüsterete er ihm zu: Wie kannst du den Leuten sagen, daß du etwas nicht verstündest? Ich verstehe es wirklich nicht — das bedeutet rein gar nichts. Du hättest sagen müssen, du wärest für Freihandel, da hättest du eine Partei, oder meinetwegen für Schutzzoll, da hättest du auch eine Partei, so aber hast du gar nichts!“

Am 4. Juni starb in Quirl bei Schmiedberg der ehemalige Lehrer K. F. W. Wander, welcher infolge seiner freisinnigen pädagogischen und politischen Ansichten mit der preussischen Regierung in vielerlei Konflikte gerathen war, sobad er im Jahre 1850 seines Amtes als Lehrer an der Stadtschule in Hirschberg entsetzt wurde. Außer vielen pädagogischen Schriften ist Wander namentlich durch das „Deutsche Sprichwörter-Lexikon“ in größerem Kreise bekannt geworden. Dieses in der Literatur einzig dastehende, mit außerordentlichem Fleiß gearbeitete Werk umfaßt etwa eine Viertelmillion deutsche und fremdsprachige Sprichwörter. Band 1—4 des Werkes sind vollständig und im 5. Bande ist auch das Alphabet abgeschlossen, doch folgen hierzu noch eine Reihe von Nachträgen. Es ist dem fleißigen Bearbeiter nicht beschieden gewesen, sein großes Werk ganz im Druck vollendet zu sehen, doch ist das Material so weit gesichtet, daß auf ununterbrochenen Fortgang des Druckes der noch rückständigen wenigen Lieferungen der Ergänzungen gerechnet werden kann.

„Struensee“, von Professor Dr. Karl Wittich (Leipzig, Veit u. Comp.) — das ist der schlichte, bescheidene Titel eines sorgfältig und gründlich, mit Benutzung aller vorhandenen Geschichtsmaterials gearbeitete, ausführliche Schilderung des Lebens und Wirkens sowie des schließlichen tragischen Schicksals jenes durch Geistesenergie merkwürdigen Mannes, der ebenso hoch stieg, wie er bald darauf theilweise durch eigene Schuld, theilweise durch fremde Intriguen hinabgedrängt und einem schimpflichen Tode überliefert ward.

Die Feier d... paare... Schlosse... Majestäten... königlichen... zunächst i... mellen W... Anverwan... Darauf h... selben di... nach der... zu dem... den versch... erneute fe... wird durc... zogen un... verflüdet... Majestäten... mern un... des diplom... die Subdig... und Dam... schälle, d... lanbesöffi... minister, d... Wirkl. G... im Weiße... aus Preuß... Deputatio... beiden Stä... tionen der... putationen... der Wissen... Universal... Centralcom... Handwerke... in das... 5 Uhr sind... die Mitgl... lichen Gäs... im Opern... einigt ein... wandten un... zur Theiln... putationen... schließen-a... — Der... 5. Juni: die beiden... befinden z... Vertheilun... Fortschritte... Ueber d... berichtet die... traf den... und sich r... ausglitt un... schung mit... weise ohne... den folgen... Anschwellu... Er. Maj... Nächste ein... Kaiser sich... Die... welche S... eine Aender... werden, d... geändert w... Maj. sich... unterzieht... fall den... in welcher... wurde.“ — Wie d... Herzogin... von Rusla... Petersburg... lassen. — **× Berl...** vor einiger... hatte, zur... digungen... Gesuche na... Umfange ei... ten nach... pflegt, hat... heit zu er... setzungen d... Majestätsb... Personen... Auch in B... unerlaubter... straffällig... finden. —



Deutsches Reich.

Die Provinzial-Correspondenz theilt mit: „Die Feier der Goldenen Hochzeit unsers Kaiserpaars wird am 11. Juni mittags im königlichen Schlosse zu Berlin stattfinden. Die kaiserl. und königl. Majestäten werden sich am Vormittage nach 11 Uhr vom königlichen Palais in das Schloß begeben und dort zunächst im Rittersaale die Glückwünsche der versammelten Mitglieder der königlichen Familie und der Anverwandten des königlichen Hauses entgegennehmen. Darauf begibt sich das kaiserliche Jubelpaar mit denselben durch die Bildergalerie und den Weißen Saal nach der neuen Schloßkapelle, woselbst sich alle andern zu dem Feste Geladenen, sowie die Deputationen aus den verschiedenen Provinzen Preussens und aus andern deutschen Bundesstaaten bereits versammelt haben. Die erneute feierliche Einsegnung des hohen Jubelpaars wird durch den Hof- und Domprediger Dr. Kögel vollzogen und vom Lustgarten durch 101 Kanonenschüsse verkündet. Nach der kirchlichen Feier begeben sich die Majestäten zunächst nach den Schwarzen Adlertavernen und nehmen sodann im Rittersaale die Cour des diplomatischen Corps, hierauf in der Bildergalerie die Huldigungen sämmtlicher zur Feier geladenen Herren und Damen, des Reichskanzlers, der Generalfeldmarschälle, der Ritter des Schwarzen Adlerordens, der landesfürstlichen Fürsten, der Generalität, der Staatsminister, der Bevollmächtigten zum Bundesrathe, der Wirkl. Geheimräthe und Oberpräsidenten, — ferner im Weißen Saale die Glückwünsche der sämmtlichen aus Preußen und andern deutschen Ländern entsandten Deputationen entgegen, — und zwar der Präsidien der beiden Häuser des preussischen Landtages, der Deputationen der einzelnen preussischen Provinzen, der Deputationen der Ritter- und Landschaften, der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Künste, der Universitäten, des Vaterländischen Frauenvereins, des Centralcomité zur Pflege verwundeter Krieger, des Handwerkerbundes etc. Darauf kehren Ihre Majestäten in das königliche Palais zurück. Nachmittags um 5 Uhr findet im königlichen Palais Familientafel für die Mitglieder der königlichen Familie und die fürstlichen Gäste, — am Abende um 8 Uhr Festvorstellung im Opernhause statt. Am Donnerstag, 12. Juni, vereinigt ein Festmahl im Schlosse nochmals die Verwandten und Gäste des königlichen Hauses sowie alle zur Theilnahme an der Feier Geladenen und die Deputationen. Mit einem Concert im königlichen Palais schließen am Donnerstag Abend die Festlichkeiten.“

Der Deutsche Reichs-Anzeiger berichtet unter dem 5. Juni: „Se. Maj. der Kaiser und Königin haben die beiden letzten Tage in befriedigendem Allgemeinbefinden zugebracht und die Nächte gut geschlafen. Die Vertheilung der Geschwulst am Knie macht erfreuliche Fortschritte.“

Ueber den Unfall, der den Kaiser am 2. Juni betroffen, berichtet die Provinzial-Correspondenz: „Am Nachmittage traf den Kaiser der Unfall, daß er, am Fenster stehend und sich rasch umwendend, auf dem glatten Fußboden ausglitt und auf das Knie fiel und sich so eine Quetschung mit Bluterguß auf der Kniekehle, glücklicherweise ohne ernstere Verletzung derselben, zuzog. In den folgenden Tagen ist bereits eine Abnahme der Anschwellung eingetreten, und das Gesamtbefinden Sr. Maj. ist insofern guten Schlafes während der Nächte ein durchaus befriedigendes, doch muß der Kaiser sich noch stillliegend verhalten.“

Die „Post“ bemerkt: „Infolge des Unfalles, welcher Se. Maj. den Kaiser betroffen hat, muß eine Aenderung in dem Programm dahin vorgenommen werden, daß die Cerclecour in eine Desfilécour umgeändert wird, da es nicht rathsam erscheint, daß Se. Maj. sich der schmerzhaften Anstrengung des Gehens unterzieht. Sehr selten ist es, daß der jüngste Unfall den Kaiser genau in derselben Stunde betraf, in welcher er im vorigen Jahre so schwer verwundet wurde.“

Wie der „Post“ mitgetheilt wird, hat auch die Herzogin von Edinburgh, die Tochter des Kaisers von Rußland, in Folge der betrübenden Nachrichten aus Petersburg telegraphisch ihr Ausbleiben entschuldigen lassen.

× Berlin, 5. Juni. Nachdem der Kaiser schon vor einigen Wochen die Absicht zu erkennen gegeben hatte, zur Feier der Goldenen Hochzeit Begnadigungen und Strafmilderungen auf vorgängige Gesuche nach Prüfung der einzelnen Fälle in größerem Umfange einzutreten zu lassen, als in gewöhnlichen Zeiten nach den bestehenden Grundsätzen zu geschehen pflegt, hat Se. Maj. in voriger Woche die Geneigtheit zu erkennen gegeben, unter gewissen Voraussetzungen den in Folge der vorjährigen Attentate wegen Majestätsbeleidigung zu Gefängnißstrafen verurtheilten Personen Begnadigungen zutheilen zu lassen. Auch in Bezug auf die Militärpflichtigen, die wegen unerlaubter Auswanderung oder Controlentziehung straffällig geworden sind, sollen Begnadigungen stattfinden. — Die Mittheilungen in Bezug auf die Aus-

führung des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz sind vielfach ungenau. Das gilt z. B. von der Meldung der Postlichen Zeitung: die Gemeinden sollten künftig auch bezüglich der heimatlosen Personen regreßpflichtig sein. Es ist vielmehr die Bestimmung in Aussicht genommen, den Gemeinden bezüglich der Heimatlosen die Durchführung des Regresses gegen die Landarmenverbände zu erleichtern. Ebenso unrichtig ist die Meldung desselben Blattes, es sei eine Bestimmung beabsichtigt, wonach Gemeinden, die einen Hilfsbedürftigen rechtswidrig einer andern Gemeinde zuschieben, der letztern die Cur- und Pflegekosten zu erstatten hätten. Eine solche Bestimmung wäre überflüssig, da dergleichen Fälle der constanten Judicatur des Heimatsamtes unterliegen. — Der Antrag des außerordentlichen Ausschusses für Eisenbahntarifwesen liegt nun dem Bundesrathe vor. Das Gesetz zerfällt in 30 Paragraphen mit Abschnitten: 1) über die Bildung der Tarife; 2) über die Veröffentlichung und Anwendung der Tarife; 3) über den Reichs-Eisenbahnrath; 4) Schlussbestimmungen. Nach dem ersten Abschnitt ist die Absicht maßgebend, ein einheitliches Tariffsystem herbeizuführen. Man wollte auch das Personentarifwesen regeln, aber die überwiegende Mehrheit erklärte sich gegen die Dringlichkeit solchen Bedürfnisses. Zum Güterverkehr soll nach Ansicht des Ausschusses gezogen werden: die Beförderung von lebenden Thieren, von Fahrzeugen und von Leichen. Hunde sind ausgeschlossen, weil sie zum Personenverkehr gerechnet werden. Was den Reichs-Eisenbahnrath betrifft, so sollen die Mitglieder und die Stellvertreter derselben den Kreisen der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels, sowie der Eisenbahnverwaltungen entnommen werden. Der Reichs-Eisenbahnrath soll zur Vorberathung wichtiger Gegenstände dienen, welche im Bundesrathe oder Reichs-Eisenbahnname Erledigung finden. Die Schlussbestimmungen stellen fest, daß das Gesetz auf Schmaleisenbahnen keine Anwendung findet, da diese in Tariffachen der Landesregierung unterstehen; daß ferner der bairischen und der württembergischen Regierung vorbehalten bleibt, für ihren Localverkehr Abweichungen von dem Gesetze einzuführen.

\*\* Berlin, 5. Juni. Die diplomatische Correspondenz, welche als Anhang zu dem Vertrage mit den Samoainseln dem Reichstage vorgelegt worden ist, beurkundet die verdienstliche Thätigkeit des Consul Th. Weber und des Capitäns v. Werner bei Errichtung jener wichtigen Seestation für das Deutsche Reich. Der letztere (nicht zu verwechseln mit dem Admiral a. D. Werner) scheint fühner vorwärts gedrängt, Consul Weber eher zurückgehalten zu haben. Dem Seemann allein verdanken wir auch den unverhofften Besitz zweier Häfen in der Sübbe, Mikos und Maladas in der Gruppe der Herzog York-Inseln, für deren eventuellen Rückverkauf er sich allerdings zwei dortige deutsche Geschäftshäuser gesichert und deren Erwerb ohne Auftrag und Vollmacht der Reichsregierung Anlaß gegeben hat, vor der Wiederholung solcher unliebsamer Ueberraschungen zu warnen. Es ist aber wol gerade dieser besondere Fall in Verbindung mit der eigenthümlichen Natur des dort in der Südsee zu gewährenden Reichsschutzes gewesen, was die Ernennung des Corvettenkapitäns Zembisch zum Vicesconsul für alle jene Inselgruppen in der Nähe Australiens herbeigeführt hat. Dem Wahlconsul Weber hat damit gewiß nichts von seinem wohlverdienten Lobe abgezogen werden sollen. Entziehen aber konnte die Reichsgewalt sich nach dem Eindruck, welchen die vorgelegte Correspondenz hinterläßt, der Aufgabe, welche sie nun fester und bewusster ergreift, allerdings nicht. Sie hält damit nur eine schirmende Hand über Landleute, die weit von der Heimat eine werdende mannichfaltige Cultur am kräftigsten und erfolgreichsten unter allen Mitwirkenden begründet haben. Sie durch amerikanische Abenteuer oder durch die Annexionsucht der nähern australischen Colonien von dem Felde ihrer redlichen Arbeit verdrängt zu sehen, könnte unser Nationalgefühl heute nicht gut mehr ertragen. Die Gefahr der Verwidelung in unabsehbare Verantwortlichkeiten ist bis jetzt allem Anschein nach glücklich vermieden worden: die Kohlenstation in Saluafata birgt sie schwerlich in sich, Malada und Mikos aber kann die Regierung jeden Augenblick wieder ohne Aufsehen los werden. Wäge diese Verbindung von Vorsicht und Festigkeit ferner über der Angelegenheit walten!

— In einem „Ein thatsächlicher Schritt in der Zollreform“ überschriebenen Artikel schreibt die Provinzial-Correspondenz: „Die vielverbreitete Annahme, daß das Einvernehmen, welches bisher unter den Freunden der wirtschaftlichen Reform erfolgreich obgewaltet hat, den sogenannten Finanzjöllern gegenüber seine Kraft verlieren werde, dürfte sich sehr bald als irrig erweisen, um so mehr, als die Freunde der Wirtschaftsreform nicht bloß von dem entscheidenden Werth, welchen die Regierung auf die Finanzreform im Deutschen Reiche legt, sondern auch von dem nothwendigen innern Zusammenhänge der Wirtschafts- und der Finanzreform durchdrungen sind. Der Reichstag hat

überdies auch außerhalb der Parteien, welche jetzt vor allem die wirtschaftliche Reform unterstützen, schon seit Jahren in grundsätzlicher Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler gerade die Nothwendigkeit einer umfassenden Finanzreform im Interesse des Reiches sowie der Einzelstaaten anerkannt. Die Bedenken, welche von politischen Gesichtspunkten der Durchführung der Finanzreform entgegenzusetzen scheinen, dürften in vertrauensvollem Entgegenkommen ihre Erledigung finden.“

— Die Tarifcommission des Reichstages hat am 5. Juni ihre Arbeiten wieder aufgenommen, und zwar mit der Position „Leinengarn, Leinwand und andere Leinwandwaaren“. Die Thatfache, daß diese ganze überaus verwickelte Position in einer einzigen Sitzung erledigt wurde, zeigt, in welchem Tempo fortan in der Commission gearbeitet werden soll. Man mußte den Eindruck gewinnen, daß die zu fassenden Beschlüsse von der Majorität bereits im voraus festgestellt seien. Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, wenn von seiten der Minorität offen die Werthlosigkeit einer eingehendern Debatte betont wurde. Als Referent über die Position fungirte der Abg. Mousfang, als Correferent der Abg. Frhr. v. Barnbüler. Man wird einigermaßen erstaunt sein, den ehrwürdigen manizer Domkapitular als Experten der Leinenindustrie auftreten zu sehen; dennoch ordnete sich Frhr. v. Barnbüler, der naturgemäß die Sache der Regierungsvorlage zu vertreten gehabt hätte, dieser Autorität dermaßen unter, daß er den von Hrn. Mousfang beantragten Erhöhungen überall bereitwillig beitrug. Bei dem Leinengarn hat die Regierungsvorlage einen Unterschied zwischen Maschinenspinn und Handspinn gemacht und für das erstere Staffeljölle zwischen 3 und 12 M., für das letztere einen Einheitszoll von 6 M. beantragt. Motivirt ist dieser Unterschied damit, daß Handgarne in Staffeljölle nicht gut eingereicht werden könnten, weil sie nicht sortirt würden. Hr. Mousfang beantragte indes die Gleichstellung des Handspinnstes mit dem Maschinenspinn und bezog sich dabei auf einen Brief der Kaiserin an ein Damencomité, in welchem zur Wiederbelebung der Handspinnerei in den Kreisen der deutschen Hausfrauen aufgemuntert wird. Der Antrag auf Gleichstellung der beiden Spinnstoffe wurde angenommen. Alsdann kam die Abtheilung a: rohes Garn, in folgender vom Referenten beantragter Gestalt mit 15 gegen 7 Stimmen zur Annahme: a bis Nr. 5 englisch 3 M., b über Nr. 5—20 6 M., c über Nr. 20—35 9 M., d über Nr. 35 12 M. Im Vergleiche zur Regierungsvorlage bedeutet die hier vorgenommene Classification der Garne eine nicht unerhebliche Erhöhung des Jolles. Das Gleiche ist der Fall bei der mit derselben Majorität angenommenen Abtheilung b: gefärbtes, bedrucktes, gebleichtes Garn, welche nunmehr lauten: 1) bis Nr. 20 englisch 10 M., 2) von Nr. 20—35 15 M., 3) über Nr. 35 20 M. c und d: Zwirn und Seilerwaaren, wurden nach der Regierungsvorlage angenommen. Die Abtheilungen e: graue Padleinand und Segeltuch, und f: Leinwand, Zwillich, Drillich, ungefärbt, unbedruckt, ungebleicht, wurden nach dem Antrage der Referenten zusammengezogen, sodas nun graue Padleinand und Segeltuch als Nr. 1 der neuen Abtheilung figurirt, aber mit einem Zoll von 6 M. statt 5 M. angelegt ist. Auch die übrigen Ziffern der Abtheilung wurden beträchtlich erhöht. Der Abg. Delbrück versuchte wenigstens für die Padleinand im Interesse der Landwirtschaft und Industrie eine Ermäßigung der beantragten Sätze herbeizuführen, fand aber für seinen Vorschlag nur 8 Stimmen. Auch die beiden noch übrigen Abtheilungen g: gefärbte, bedruckte, gebleichte Leinwand, und h: Zwirnspeizen, gelangten nicht ohne Erhöhungen zur Annahme. Schließlich wurde noch eine Resolution angenommen, durch welche der Reichskanzler ersucht wird, bei spätern Verhandlungen mit Oesterreich vertragsmäßig die zollfreie Einfuhr von Rohleinen nicht zuzugestehen.

— Nach dem officiellen Protokoll der Tabakssteuercommission hat im Schosse dieser Commission der Abg. Dr. Lingens für sich und seine Freunde vom Centrum folgende Erklärung abgegeben:

Wir treten in die Verathung der Vorlage ein unter dem doppelten Vorbehalte, daß: 1) die Tarifcommission des Reichstages durch ihre Beschlüsse über die Finanzjölle auf die Rücksichten der Bewahrung des föderativen Charakters des Reiches Bedacht nehmen sowie Garantien bieten werde, daß das bisherige Budgetrecht des Reichstages unverändert wirksam bleibe, 2) daß wir die Bifferansätze nur als provisorische erachten, bis das Gesamtresultat der Steuern und Zollerträge übersichtlich sein wird.

Abg. Richter-Hagen trat diesem Vorbehalte mit der Erweiterung bei, daß die Regelung und Feststellung der constitutionellen Garantien nicht bloß Sache der Tarifcommission, sondern auch dieser Tabakssteuercommission sei. Obwohl der principiell ablehnende Standpunkt seiner Partei (des Fortschritts) gegenüber der beabsichtigten Tabaksbesteuerung bekannt sei, lehne er doch ein eventuelles Eingehen auf die Sache selbst nicht ab. Die Annahme der Vorlage sei für ihn der sichere Uebergang zum Monopol.



Man schreibt der National-Zeitung: „Die Einführung zweijähriger Budgetperioden ist nicht aufgegeben, sondern nur vorläufig vertagt. Es besteht Grund zu der Annahme, daß diese Frage nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden wird. Dem Entwurf, welcher die Grundlage der bisher stattgehabten Erörterungen bildet, waren sehr umfassende Motive beigegeben, welche sich auf die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände stützen und die Maßregel als einziges Mittel bezeichneten, der neben- oder unmittelbar nahestehenden Reichstages abzuhelfen. Es ist festgestellt, daß 13 oder 14 der letztern theils während des Reichstages, theils unmittelbar vor oder nach demselben gearbeitet haben. Es lag im Plane, in den Sessionen, in welchen dem preussischen Landtage das Budget vorgelegt würde, den Reichstag nicht mit dem Etat zu befaßen und umgekehrt. Indessen hat dies und jedes ähnliche Project mit unendlich vielen technischen Schwierigkeiten zu kämpfen, welche zunächst noch weitere Erwägungen erfordern. Jedenfalls wird in dieser Session von der Angelegenheit nicht mehr die Rede sein können, doch wird man ganz sicher darauf zurückkommen, vielleicht schon während der nächsten Session des preussischen Landtages.“

Die Neue Preussische Zeitung schreibt: „Von einer Vertagung der Reichstagsession in der Mitte des nächsten Monats ist viel die Rede; Genauerer läßt sich indes noch nicht angeben. Der Reichstag hat bis zum 15. Juli vollauf zu thun, und der Gedanke einer Vertagung würde sehr in den Vordergrund treten, wenn in den nächsten vier Wochen noch der Gesetzentwurf über das Eisenbahngütertarifwesen an den Reichstag gebracht würde. Die Vorarbeiten hierzu sind aber noch einigermaßen im Rückstande und bis zum nächsten Monat schwerlich zu bewältigen.“

Nach einem Telegramm des Reuterschen Bureau aus Kairo vom 4. Juni hätte der dortige Generalconsul Deutschlands am 3. Juni eine Unterredung mit dem Khebidive gehabt, um auf eine Beantwortung des deutschen Protestes vom 17. Mai zu dringen. Der Khebidive hätte den Generalconsul an den Sultan verweisen wollen, allein der Vertreter Deutschlands hätte dies abgelehnt und den Khebidive selbst für alle Folgen weiterer Verzögerung verantwortlich gemacht. Er hätte namens seiner Regierung das lebhafteste Bedauern darüber ausgedrückt, „daß die ägyptische Frage in eine Phase eingetreten sei, welche sehr ernste Folgen haben könne“. Die Bestätigung dieser Nachricht, deren Bedeutung man nicht verkennen wird, bleibt abzuwarten.

Das neue pariser Blatt Globe bringt die Mittheilung eines seiner Berichterstatter, der den Reichstagsabgeordneten Dr. Lasker besucht hat. Lasker erklärte seinem französischen Gast, wie Fürst Bismarck in wirtschaftlichen Dingen eigentlich niemals die Ansichten der national-liberalen Partei getheilt und sich nun ganz von ihr abgewendet hätte, um mit Hilfe der Ultramontanen, denen er übrigens, wie Lasker glaubt, in den kirchlichen Fragen keine allzu großen Zugeständnisse machen wird, sich die Mittel zur Deckung des Deeresbedarfs zu verschaffen, ohne das Budget allzu sehr zu belasten. Der Streit sei also im Grunde ein rein politischer. Daß der Reichskanzler darum etwas Besondere gegen das Ausland in Schilde führe, will Lasker keineswegs sagen, aber in den Fragen um Krieg oder Frieden scheine ihm der Einfluß der Parlamente überhaupt ein sehr geringer; es gäbe in der ganzen Welt keine Regierung, die nicht ihren Kammern, wenn sie erst einmal die nationale Eitelkeit ins Spiel zieht, die begeisterte Zustimmung zu einer Kriegserklärung entlocken könnte. Dann fuhr Lasker fort:

Dr. v. Bismarck stützt sich auf die Landbevölkerungen, wie Dr. Thiers sich in der ersten Zeit der Nationalversammlung von Bordeaux auf die Kurax gestützt hat. Er schmeichelt ihnen, er stellt sich ihnen als den Verteidiger ihrer Interessen gegen die Forderungen der Städte dar und sucht ihnen die Vortheile einer starken Centralgewalt klar zu machen. Die Merkanten, die Reactionäre aller Schattierungen folgten dem Fr. Thiers gelehrt, wie sie jetzt bei uns Fr. v. Bismarck folgen. Es könnte aber gesehen werden, daß, wie die guten französischen Kurax von dem mit Thiers befreundeten Republikanern, so auch die deutschen Kurax von dem hinter Bismarck stehenden militärischen Generalsstabe (?) aus dem Sattel gehoben würden. Doch darf man solche Vergleiche nicht zu weit treiben. Die politischen Parteien des Reichstages unterscheiden sich von denen der französischen Kammer insofern, als sie nicht die Regierungsform zu verändern, auch nicht einmal die Regierungsmänner zu stürzen, sondern nur ihrem Verhalten eine andere Richtung zu geben suchen, wobei ich natürlich von den Socialisten, die überall nur zerstören wollen, ohne etwas Besseres an die Stelle setzen zu können, nicht spreche. Dieser Unterschied ist um so wichtiger, als wir einen Mann an unserer Spitze haben, der das Volk beherrscht. Man kann die politische Stellung des Fürsten Bismarck mit der des Herzogs v. Wellington nach Waterloo vergleichen. Auch dieser blieb vermöge der ungeheuren Popularität, die er genoß, trotz aller Opposition des Parlaments und trotz aller Fehler, die er beging, der Herr der Situation. Man hat den Kanzler oft mit Cavour verglichen. Dieser Vergleich wäre richtig gewesen, wenn Bismarck, gleich nachdem er das Werk der deutschen Einheit vollbracht, gestorben wäre. Seitdem hat er sich aber überlebt und ist ein Gegner der liberalen Ideen geworden, was der große italienische

Patriot nie gewesen ist. Bemerken Sie wohl, ich sage nicht, daß Dr. v. Bismarck kein großer Patriot oder Staatsmann ist, auf den nicht jeder Deutsche stolz sein sollte, aber mit dem bedeutendsten Theile der liberalen Partei steht er jetzt in offenem Gegensatz. Wie dieser Kampf enden wird, kann ich nicht sagen, denn alles hängt davon ab, ob der Kanzler mehr oder weniger lange an seiner neuen Politik festhalten wird. Das eine aber weiß ich gewiß, daß der Kanzler, wenn er seine Popularität und seinen Einfluß bewahren will, nicht lange der Bundesgenosse der Merkanten, nicht lange von der liberalen Partei, die auch die nationale ist, getrennt bleiben kann. Wie ich Ihnen eben sagte, Dr. v. Bismarck ist stark genug, um sich das Experiment seiner neuen Politik gestatten zu dürfen und sie wieder fallen lassen zu können, sobald die Thatfachen ihm die Gefahr eines solchen Ausfalls beweisen haben werden.

Den Hamburger Nachrichten schreibt man aus Berlin vom 4. Juni: „Der Andrang deutscher Industrieller zur Theilnahme an der Ausstellung in Sydney hat jede Erwartung übertroffen; trotz der eingehendsten Prüfung und Sichtung war man genöthigt, mehr als die doppelte Zahl der ursprünglich veranschlagten Aussteller zuzulassen. Der Geheimrath Neuleanz reist am 14. Juni von hier ab, um sich am folgenden Abend von Bremerhaven aus nach New-York einzuschiffen und von dort über San-Francisco nach Sydney zu gehen; er hofft in den letzten Julitagen am Orte seiner Bestimmung anzulangen.“

Ein Telegramm aus Olympia vom 31. Mai berichtet von weiteren interessanten Funden. Nördlich von der byzantinischen Kirche fand man den Amazonenkopf von der Metope, welche den Kampf des Hercules mit der Amazone darstellt, sowie den Kopf der kniennden Frau des Westgiebels, im Südwesten den Unterbau einer großen ionischen Halle.

Preußen. Der Neuen Frankfurter Presse wird aus Berlin berichtet: „Dem Vernehmen nach hat die preussische Regierung nunmehr die Einführung der Robe als Amtskleidung der Richter und Anwälte beschlossen.“

Die schlesischen Eisengiebereien haben, wie aus Circularen, von denen die Trierische Zeitung Einsicht genommen hat, hervorgeht, infolge des Jolles auf Hoheisen ihren Preis bereits um 2 M. für 100 Kilogramm erhöht. Für emaillierte Gußwaaren hat ein Aufschlag von 20 Proc. stattgefunden.

Wie die Altpreussische Zeitung mittheilt, sind neuerdings seitens der Direction der königlichen Ostbahn zwei Verfügungen an die Beamten ergangen, weder dem Publikum noch den Zeitungsredactionen Mittheilungen über Unglücksfälle, Zugverspätungen, Extrazüge, Durchpassiren hoher Persönlichkeiten zc. zu machen.

**Oesterreich-Ungarn.**

Der „Post“ schreibt man aus Wien vom 4. Juni: „Ich erhalte von guter Seite eine Mittheilung, die, wenn sie sich ganz bestätigt, wol bedeutendes Aufsehen machen dürfte. Danach circulirt unter den Mohammedanern Bosniens und der Herzegowina ein Memorandum, welches für die Großmächte (natürlich mit Ausnahme Oesterreich-Ungarns) bestimmt ist und welches die Bitte enthält, die Mächte sollen bewirken, daß die österreichischen Truppen baldigst Bosnien und die Herzegowina räumen und daß diese beiden Provinzen eine gemischte europäische Besatzung erhalten. Das Memorandum soll bereits eine Anzahl Unterschriften aufweisen. Die ganze Agitation wird auf auswärtige Einwirkungen zurückgeführt. Weiteres wird wol bald über die Sache verlauten. Diplomatische Kreise sind einigermaßen begierig, zu erfahren, wie das wiener Cabinet diese Angelegenheit in seinem publicistischen Organ darstellen lassen wird. — Die Gerüchte von einer angebahnten Allianz zwischen Rußland und der Türkei werden bezweifelt. Zwischen diesen beiden Staaten, so bemerkt man, haben sich gute Beziehungen herausgebildet, aber von einer Allianz sei wol keine Rede und werde noch lange keine Rede sein.“

Aus Wien vom 4. Juni schreibt man der Kölnischen Zeitung: „General Stolypin äußerte bei seinem Abschiede von den Offizieren der ostrumelischen Miliz wörtlich: „Junge bulgarische Offiziere! Indem ich euch verlasse, wünsche ich euch, daß ihr auf der Höhe eurer Brüder stehet, die sich bei Schipla ausgezeichnet haben. Dienet eifrig euerm Vaterlande und erinnert euch, daß es sich nicht auf die Grenzen eines Bulgariens beschränkt, sondern alles umfaßt, was slawisch ist, und daß alles, was slawisch ist, nur ein einziges Haupt hat; das ist Se. Maj. der Kaiser Alexander.“ Obgleich in diesen Worten ein directer panslawistischer Angriff gegen Oesterreich liegt, wird die hiesige Regierung doch keinen directen diplomatischen Schritt bei dem petersburger Cabinet thun, da sie Stolypin's Worte, weil dieser nicht mehr in amtlicher Function gesprochen, als allerdings unpassende Privatbemerkung betrachtet.“

Am 3. Juni fand in Baden bei Wien Giska's Leichenfeier unter großer Theilnahme statt. Hinter dem Leichenwagen schritten Schmeeling, Stremayr, Herbst, der Bürgermeister von Brunn, der Vicebürgermeister von Wien, zahlreiche Abgeordnete zc. Am Grabe hielt Herbst die Trauerrede.

**Schweiz.**

Die neuesten Mittheilungen über den Fortgang der Arbeiten am Gotthardtunnel deuten an, daß die Durchbohrung des Tunnels vielleicht noch in diesem Jahre zu erwarten sei. Wie der Freie Hätler bemerkt, werden die Arbeiter nicht im Mittelpunkt der Tunnellinie zwischen Airolo und Göschenen zusammenstoßen, sondern schieblich von ihm. Auf der Seite von Göschenen sind dieselben nur noch 649 Meter vom Centrum entfernt, auf der Seite von Airolo dagegen noch 1281 Meter. Schreiten die Arbeiter in dem Maße vor, wie während dem für die Südseite günstigen Monat April, so wird man auf der Nordseite das Centrum Ende August 1879 erreichen und auf der Südseite im Februar 1880. Als Mittel kann man jedoch annehmen, daß kurz vor Schluß des Jahres 1879 die beiden Bohrer etwa 300 Meter südlich vom Centrum zusammenstoßen werden.

**Italien.**

Aus Rom läßt der pariser Univers sich vom 2. Juni melden, die italienische Regierung habe sich mit Gewalt des durch den Vater Secchi so berühmten gewordenen astronomischen Observatoriums bemächtigt. Da Vater Ferrari, der Nachfolger Secchi's, nicht gutwillig habe weichen wollen, so hätten die Carabinieri den Jesuiten gewaltsam aus dem Gebäude entfernt.

Ueber das Wunder des heiligen Januarius in Neapel schreibt man der Weser-Zeitung aus Köln: „Im September 1864 war ich einer der Bevorzugten, die sich das Ding innerhalb der Altarschranken in der Nähe ansehen durften. Es sind wirklich zwei Flüsschen, ein größeres, etwa bis zu zwei Drittel mit der angebliehen Blutmasse gefüllt, und ein kleineres, in welchem nur einige angelebte Tropfen bemerkbar sind. Diese zwei Phiolen, den bekannten Blutampullen aus den Katalomben ähnlich, befinden sich zwischen zwei runden Glasplatten von circa 4 Zoll Durchmesser. Ein 2 Zoll breites silbernes Band verbindet die Glasplatten in Form der üblichen runden Taschenuhrgehäuse. Auch mit einem Handspiegel läßt das Gehäuse sich vergleichen, besonders da auch ein etwa fünfzölliger Griff nicht fehlt, mittels dessen das Ganze für die Proceßion in eine große Monstranz eingesetzt wird. Auf der andern Seite des Metallrandes, mit der Handhabe correspondirend, befindet sich ein metallenes Krönchen mit einem Kreuze darauf. An diesen beiden Endtheilen faßt der fungirende Priester das „Heiligthum“, wenn er nach dem Rufe: „Il miracolo e fatto!“ dasselbe den Gläubigen zum Kusse hinreicht. Ein zweiter Geistlicher läßt, damit man die Realisirung des „Wunders“ besser sehe, dabei fortwährend den Schein einer Kerze durch die Glastheile fallen, während der erstere das Gehäuse mit dem Krönchen bald nach oben, bald nach unten kehrt, damit man von dem flüssigen Zustande des Phioleninhaltes sich überzeugen.“

**Frankreich.**

\* Paris, 4. Juni. Seit lange ging es in der Kammer nicht so stürmisch her wie gestern. Gambetta trogte aber dem Sturm und es gelang ihm, desselben Herr zu bleiben. Es erhebt sich nun die Frage, ob Blanqui einfach begnadigt oder amnestirt werden wird. Die Republique française bringt darauf, daß man den alten Verschwörer amnestire, wonit er dann auch in den Besitz der politischen Rechte wieder eintrete. Die Mehrheit der Minister ist gegen die Amnestie und will ihn nur begnadigen. Grévy wünscht, daß Blanqui am 7. Juni, zwei Tage nach dem Termin, welchen die Kammern für das Amnestierecht festgesetzt haben, begnadigt werde. Bezeichnend für die Lage ist die gestrige Abstimmung. Die Rechte, die gern gesehen hätte, daß man durch die Galtigkeitserklärung der Wahl Blanqui's das Gesetz verlege, enthielt sich der Abstimmung; nur 16 stimmten gegen Blanqui, während 6 Bonapartisten sich unter den 33 befanden, die der Fahne Clemenceau's folgten. Unter den 338 Republikanern, welche gegen Blanqui stimmten, befanden sich 4 Mitglieder der äußersten Linken, Floquet, Rabier de Montjau, Raquet und Rathier. Da morgen das Amnestierecht der Regierung erlischt, so sollen vor Thorschluß noch 200 Injuranten begnadigt werden. Bisher wurden 2851 amnestirt, unter denselben ungefähr 2000, die in contumaciam verurtheilt waren.

Paul de Cassagnac äußert sich im Pays über die Sitzung der Deputirtenkammer, in welcher über die Wahl Blanqui's verhandelt wurde, also:

Der Siegesbewahrer Leroyer hat das Wehrwort gefaßt, die imperialistische Partei zu beschimpfen, indem er von ihren „Verbrechen“ sprach. Die Rechte hat sich gegen diese Ungezogenheit entschieden aufgeführt und dem Fr. Leroyer Dinge ins Gesicht gesagt, welche ebenso viele Hiebe mit der Reitpeitsche waren. Es soll uns doch sehr wundern, wenn er sich noch einmal einer solchen Behandlung aussehe. Allerdings besand er sich schon diesmal im Rückfalle. Er war es, der mit einem beleidigenden Worte, welches Fr. Grévy nicht ahnden wollte, den Rücktritt des letzten von dem Präsidium der Nationalversammlung herbeiführte. Ge-

nen betriebl... die sogar no... persönlich be... ich mehr... habe die... Präsidenten... wesen wäre... Sie man ei... sibirien könn... Er ist schwe... drein, als o... raten ihm... würde nicht... sundheit und... fünf Signat... fellen zwisch... Der F... Theil in d... der neueste... schließlich... 500000 G... Preisen ver... Merkmalen... unterstützungen... Darstellung... denen geistl... voran natürl... in Frankre... Die N... wie eine l... an Engla... schreibt: Wenn e... schen Staats... was es los... bestimmten... Passirhalten... in der ägypt... v. Bismarck... in den Ang... Occident's... Und man... wenbige G... schen Polit... action in... Evolution, so... vorkämb... Gelegenheits... welche noch... schädigt ha... Freunde wa... freimüthig... cip, und i... täuscht wor... seits verpfl... ihren Credit... freichen S... beinahe ge... Verbs Beac... flohe. Wi... lassen, wel... Vertrauen... sehen? Z... aufrichtigst... haben; m... Unbefähig... bringt. D... fassenweise... Politit be... entgegengel... welchem in... land bereic... Mitwirkum... mus" es i... daß es nie... anderer zu... einer Berä... Politit sei... lution zu... nicht noch... es ihr, u... zurückzume... Ander... Petersburg... Allianz... — Aus... Zeitung... corps ha... de Sain... streng be... Nebenar... erging.“ Einen... von Ma... Ford... chem die... 1876—7... wir Folg... geschöpft... Unpopula... 1) die U... insbesondere... ständigen... Berliner... Lord Bea... unterstützungen... begonnen... vention i... klage Lor... Memorän...



Rußland.

Der Slavischen Correspondenz wird aus Riew vom 30. Mai berichtet:

Am 21. Mai sollte ein sechzehnjähriges Mädchen, eine Unbekannte, weil sie trotz 200 Ruthenstrichen, mit denen sie in der Untersuchung regaliert wurde, ihren Namen nicht nennen wollte, gehängt werden. Das Mädchen sieht aber vornehm aus. Als man dasselbe auf den Hinrichtungsplatz geschleppt hatte und das junge, blühende Geschöpf des Galgens ansichtig wurde, da begann sie zu schluchzen und verfiel hierauf in Ohnmacht. Es mußte ein Doctor geholt werden, und so wurde die Vollziehung des Urtheils aufgeschoben, denn man wollte nicht eine Ohnmächtige hängen. Am nächstfolgenden Tage, als das Mädchen die Bestimmung gewann, erklärte sie, daß sie willens sei, dem Gericht ihren Namen anzugeben. Sie wurde deshalb nochmals vernommen, wobei sie die Mittheilung machte, daß sie eine Nichte des russischen Reichskanzlers sei und Katalie Fürstin Gortschakow heiße. Diese Angabe erregte selbstverständlich das größte Aufsehen, und infolge dessen wurde auch die Vollführung des Urtheils abermals sistirt. Jetzt werden Recherchen angestellt, ob diese Angabe wahr sei oder nicht.

Türkei.

Die Proclamation, welche der neue Gouverneur von Ostrumelien, Aleko-Pascha, an seine Landesleute gerichtet, lautet:

Meine lieben Landesleute! Geleitet von dem Wunsche, in eurer Provinz, die durch neuere Ereignisse so viel zu leiden hatte, den Wohlstand wieder zu erneuen und allen Einwohnern ohne Unterschied Ruhe zu sichern, hat Se. kaiserl. Maj. der Sultan, unser erhabener Herrscher, mich für einen Zeitraum von fünf Jahren zum Generalgouverneur von Ostrumelien ernannt, damit die von der gemischten Commission auf Grund des Berliner Vertrages ausgearbeitete Verfassung in Vollzug gesetzt werde. Die Reformen, welche die Pforte in die Verwaltung Ostrumeliens einzuführen gedenkt, sind in der Verfassung in einzelnen enthaltene, und ich denke, es ist unnöthig, sie hier aufzuzählen. Es wird die Bemerkung genügen, daß das Zusammenwirken aller erforderlich ist, um eine wahrhafte und vollständige Anwendung und Durchführung der Verfassung sowohl wie die Folgsamkeit und Willfährigkeit der Bevölkerung zu sichern. Ich rathe dieser ernstlich an, sich nicht durch Erinnerung an vergangene Uebel entmutigen zu lassen, sondern im Gegentheil sich sowohl die ihnen von der Pforte gewährten Vortheile als die Kraft jener Verfassung zur Anwendung gelangenden Grundsätze zu Nutzen zu machen und dergestalt die Ausgleichung aller vergangenen Unglücksfälle zu erstreben. Euch ist die Thatsache nicht verborgen, daß in allen Lebenslagen und in allen Ländern die Früchte der Gerechtigkeit und des Fleißes sowohl wie das stetige Wachstum allgemeinen Reichthums und allgemeiner Wohlfahrt hauptsächlich auf Ordnung und gutem Einvernehmen in allgemeinen und zwischen den einzelnen beruhen. Es ist deshalb euer aller Pflicht, euer besten Kräfte der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu widmen, während ihr stetig euren Beschäftigungen und Arbeiten nachgeht. Da der Einzug osmanischer Truppen in das Innere Ostrumeliens von der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und von einem zu diesem Zweck von mir an die Pforte zu richtenden Ansuchen abhängt — einem Ansuchen, welches nur nach meiner persönlichen Würdigung der es erheischenden Umstände zu stellen ist — bane ich vertrauensvoll darauf, daß diejenigen Bewohner, welche ihr Land lieben, aller Handlungen sich enthalten werden, die geeignet wären, den Einzug osmanischer Truppen zu rechtfertigen. Diejenigen, welche bemüht sind, den Glauben zu erzeugen, daß die türkischen Truppen einzuziehen werden, und dadurch den Einwohnern Ostrumeliens Furcht einflößen, verkennen die wahren Absichten der hohen Pforte vollständig; denn wenn die kaiserliche Regierung es je für nöthig halten wird, mittels ihrer Truppen die Grenzen und gewisse andere Orte zu besetzen, so wird dies nur in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Berliner Friedens geschehen, ohne den Einwohnern Grund zur Besorgniß zu geben. Zum Beweise dessen dient die Thatsache meiner Ankunft in der Hauptstadt der Provinz ohne die Gegenwart irgendwelcher türkischer Truppen. Ich bitte euch daher bringend, jenen abwollenden Einflüsterungen kein Gehör zu schenken, sondern der Pforte für ihre Vorsorge um die Wohlfahrt und das Interesse eures Landes euren Dank durch die Aufbietung all eurer Kräfte zur Erleichterung des Vollzuges der Verfassung zu bekunden, welche euch eine freie Verwaltung verbürgt. Zum Schluß begrüße ich euch und sende zum Allmächtigen meine herzlichsten Gebete für euer Wohlergehen. Philippopol, 18. 30. Mai 1879. Alexander Bogorides.

Amerika.

Nach newyorker Zeitungen hat der russische Consul M. Kartshewski in Newyork vom Centralcomité der russischen Revolution eine „erste Warnung“ erhalten. Das Document trug als Ueberschrift die Buchstaben C. C. R. R. (die der Consul als „Comité Central de la Révolution Russe“ erklärt) und das Motto „A nos amis salut! à nos ennemis le défil!“ Alles dies war gedruckt, woraus der Consul schließt, daß in Newyork eine nihilistische Organisation besteht.

Aegypten.

Aus Alexandria erfährt die Daily News, daß vier französische Unterthanen (zwei davon Damen), die am 31. Mai von Abukir nach Kairo fuhren, von Soldaten stark beleidigt wurden. Sie erhielten dann am Palast des Prinzen Tewfik zwei Mann Escorte, wurden aber auf der Rückkehr aus ihrem Wagen gerissen und in roher Weise behandelt. In Kairo reichten sie bei dem französischen Generalconsul eine Klage ein.

sein bereite er dem Hrn. Gambetta Unannehmlichkeiten, die sogar noch schlimmer gewesen wären, wenn ich nicht persönlich dem Hrn. Gambetta hätte beweisen wollen, daß ich mehr Maß und Selbstbeherrschung besitze als er. Ich habe die Klage auf mir sitzen lassen, ohne mich an dem Präsidenten zu rächen, weil mir das nur allzu leicht gewesen wäre. Hr. Gambetta versteht nicht zu präbiliten. Ehe man eine Kammer präbilit, muß man sich selbst präbiliten können, und das wird er, fürchte ich, niemals lernen. Er ist schwersällig und, um eine Fliege zu tödten, haut er drein, als ob es gälte, einen Ochsen niederzuschlagen. Wir raten ihm, künftig weniger hitzig vorzugehen. Dabei würde nicht nur die Gerechtigkeit, sondern auch seine Gesundheit und sein moralisches Ansehen gewinnen. Hier oder sonst Sittungen wie die gestrige könnten ihm die böse Wahl stellen zwischen der Dimission und der Apoplexie.

Der Figaro ist vor einiger Zeit zum größten Theil in den Besitz der Jesuiten übergegangen. Eine der neuesten Nummern dieses Blattes ist nun ausschließlich der Merikalen Sache gewidmet; sie wurde in 500000 Exemplaren abgezogen und zu herabgesetzten Preisen verkauft, weil sie die Petitionspropaganda der Merikalen gegen die Jules Ferry'schen Unterrichtsgeetze unterstützen soll. Sie enthält auf allen vier Seiten Darstellungen der Verdienste, welche sich die verschiedenen geistlichen Orden und religiösen Genossenschaften, voran natürlich die Jesuiten, um die „christliche Schule“ in Frankreich erworben haben sollen.

Die République française bringt einen Artikel, der wie eine letzte Mahnung, wenn nicht wie eine Absage, an England klingt. Das Organ des Hrn. Gambetta schreibt:

Wenn etwas geeignet ist, die Betrachtungen der englischen Staatsmänner herauszufordern und letztern zu zeigen, was es kosten könnte, falls sie außer Stande wären, einen bestimmten Entschluß zu fassen, so ist das unsern Passirhalten die Art, wie Deutschland und Hr. v. Bismarck in der ägyptischen Frage auf den Schauplatz treten. Hr. v. Bismarck hat bereits gezeigt, daß er sich ebenso wenig in den Angelegenheiten des Orients wie in benjenigen des Occidents für einen Neutralen und Unbetheiligten erachtet. Und man muß bemerken, daß diese Thatsache, das notwendige Ergebnis der übermäßigen Zögerungen der englischen Politik, bloß die Vorläuferin einer bedeutsamen Evolution in der europäischen Gruppierung darstellt, einer Evolution, welcher, falls sie sich vollzieht, England eine um so vollständigere Isolirung verhanden wird, als es sich die Gelegenheit entgehen ließ, aus dieser Rolle der Unthätigkeit, welche noch unlängst sein Ansehen in so hohem Maße geschädigt hat, hervorzutreten. Hr. Gladstone und seine Freunde waren in ihrer Politik des laissez-faire wenigstens freimüthig und klar; sie thaten nichts, und zwar aus Princip, und das Land konnte sich nicht beklagen, daß es getäuscht worden wäre. Die conservative Regierung andererseits verspricht viel, redet viel und bildet sich schließlich auf ihren Versicht gerade so viel ein, wie ihre Vorgänger. Aber streichen Sie die Reden, die Verheißungen — wir hätten beinahe gesagt die Abdomontaden — und die Action des Lords Beaconsfield ist dieselbe wie diejenige des Hrn. Gladstone. Wie kann man sich aber auf eine Regierung verlassen, welche fast auf jedem Terrain ausweicht? Welches Vertrauen kann man auf die Dauer ihrer Sympathien setzen? Ihr Verhalten entmuthigt die besten Absichten, die aufrichtigsten Sympathien. Man kann nicht auf England bauen; man kann sich nicht auf Projecte verlassen, deren Unbefähigkeit die am wenigsten Ungläubigen außer Fassung bringt. Das ist die Position, in welche Lord Beaconsfield hinstenweise England bringen wird, indem er sich hinter der Politik der Enthaltung verschauelt, nachdem er sehr laut entgegengetretene Absichten versichert hat. Der Tag, an welchem in Europa die Meinung festsetzen wird, daß England bereit ist, alles geschehen zu lassen, daß man von seiner Mitwirkung nichts erwarten darf, und daß der „Insularismus“ es bis zu dem Punkte verblendet, nicht zu begreifen, daß es nicht mehr als die übrigen Staaten der Mitwirkung anderer zu entziehen vermag — dieser Tag wird das Signal einer Veränderung des Gleichgewichts in der europäischen Politik sein, und wir fürchten, daß England bei dieser Evolution zu viel zu verlieren hat, als daß seine Regierung nicht noch zur rechten Zeit auf einem Abhange einhielt, wo es ihr, wenn sie zu weit engagirt ist, sehr schwer wäre zurückzukehren.

Andererseits bietet man in verdeckter Weise von Petersburg aus Frankreich die Stütze russischer Allianz gegen England an.

Aus Paris vom 4. Juni wird der Kölnischen Zeitung berichtet: „Der Commandant des 4. Armeecorps hat den Oberstlieutenant de Castellan de Saint Victor, Chef des 31. Territorialregiments, streng bestraft, weil er sich öffentlich in böswilligen Reden gegen einige Mitglieder des Cabinets erging.“

Großbritannien.

Einem von Mr. T. Wemyss Reid im Junihefte von Macmillan's Magazine veröffentlichten Artikel, „Lord Derby im Auswärtigen Amte“, in welchem die auswärtige Politik Derby's in den Jahren 1876—78 zu rechtfertigen versucht wird, entnehmen wir Folgendes: Der Verfasser, welcher an der Quelle geschöpft zu haben behauptet, bemerkt, daß Lord Derby's Unpopularität auf zwei Ursachen zurückzuführen sei: 1) die Unmöglichkeit, sich mit den übrigen Mächten, insbesondere mit Rußland, im Jahre 1876 zu verständigen, wie sich schon aus seiner Verwerfung des Berliner Memorandums ergebe, und 2) die Weigerung, Lord Beaconsfield in einer Reihe von Maßregeln zu unterstützen, welche mit der Einberufung der Reserven begonnen und mit dem Vertrage und der türkischen Convention ihr Ende erreicht haben. Die liberale Partei klage Lord Derby in erster Linie an, das Berliner Memorandum verworfen zu haben. Es sei dies ge-

schehen, weil, wie aus des Herzogs v. Argyll jüngster Broschüre zu ersehen, der Verdacht oder die Furcht vorgeherrscht habe, daß einige Continentalmächte, insbesondere Rußland, Oesterreich und Deutschland, ein geheimes Abkommen getroffen, um in der Bestimmung der europäischen Provinzen der Türkei fundamentale Veränderungen herbeizuführen. Ein solches geheimes Abkommen habe thatsächlich bestanden und sei schon im Jahre 1873 getroffen worden. Am 18. Juni 1878 habe Lord Derby im Oberhause erklärt, daß „die Abtretung Bosniens und der Herzegovina an Oesterreich“ zu jenem Originalabkommen zwischen den drei Kaiserreichen gehört habe, einem Abkommen, das man dem englischen Vertreter streng geheimgehalten habe. Die Abtretung Bessarabiens und die Besitzergreifung Batums habe gleichfalls dazu gehört. Deutschland sollte anderwärts entschädigt werden. Die Hauptzüge des Berliner Vertrages von 1878 seien damit schon mehrere Jahre vor Ausbruch des russisch-türkischen Krieges verabredet gewesen. Ueberzeugt, daß der Krieg beschlossene Sache sei und das Berliner Memorandum hieran nichts ändern könne, habe Lord Derby sich geweigert, das Document zu unterzeichnen, und hätte kein englischer Staatsmann anders handeln können. Mr. Reid ist der Ansicht, daß Lord Derby's Haltung im Cabinet England von der Politik Lord Beaconsfield's gerettet, welcher das Land im Frühjahr 1877 ohne Vorbereitung und andere Allirte zu einer Offensiv- und Defensivallianz mit der Türkei verpflichtet haben würde. Inmitten der Schwankungen der öffentlichen Meinung in England habe Lord Derby getreulich über unsere Interessen und Neutralität gewacht und dieselben beschützt. Er habe sich allen drohenden Maßregeln der Regierung widersetzt und sei, um eine gewisse Zeit, ohne daß die Welt hiervon Kenntniß erhalten habe, während 48 Stunden nicht mehr Mitglied des Cabinets gewesen. Die vollständige Rechtfertigung der Politik Lord Derby's im Jahre 1878 werde erst möglich sein, wenn der Schleier von gewissen Intriguen und Abmachungen gefallen, von denen sich heute noch nicht sprechen lasse. Ueberdies sei Lord Derby's Politik vor der Welt bereits gerechtfertigt; deren Rechtfertigung liege in der Thatsache, daß seine Collegen, welche ihn entlassen hätten, außer Stande gewesen seien, ihren Zweck zu erreichen oder das ihnen vorliegende fürchtbare Problem zu lösen, bis sie sich zu der ruhigen und friedlichen Politik bekannt hätten, deren beharrlichster Vertreter Lord Derby gewesen sei.

Der Times-Correspondent in Gundamat telegraphirt am 30. Mai über die Stimmung nach dem Friedensschlusse und sagt unter anderem: „Man wisse, daß Emir Jakub-Khan mit dem Erfolge seines Besuchs im britischen Lager recht zufrieden sei und dem Vicekönig sowie dem Major Cavagnari sehr dankbar für den ihm gewährten günstigen Vertrag. Der Emir zeigt unverkennbare Gefühle der Anhänglichkeit und Achtung dem Major Cavagnari gegenüber. Ich begleitete gestern den letztern auf einem nichtofficiellen Besuche bei dem Emir. Er empfing uns mit großer Herzlichkeit und unterließ sich mit vieler Einsicht über eine Fülle von Gegenständen hauptsächlich militärischer Art. Auch entwickelte er beträchtliche Bekanntschaft mit der Geographie und den Stämmen Europas. Heute war der Emir bei einer Artillerieübung zugegen und hatte viel Gefallen daran. An die verschiedenen Stämme des Thales von Jellalabad hat er einen Aufruf erlassen, in welchem er verkündet, er habe mit den Engländern Frieden geschlossen und wünsche, daß man sich aller Feindseligkeit und Belästigung uns gegenüber enthalte. Der Vertrag ward am Montag unterzeichnet und am Dienstag durch Mr. Jenkyns nach Simla gebracht. Dort würde er den Vicekönig gestern erreichen. Der Emir wird wahrscheinlich hier bleiben, bis Mr. Jenkyns mit einer unterzeichneten Abschrift zurückkehrt. Ueber den Zustand der Dinge in Kabul oder Turkestan zeigt Jakub-Khan keine Besorgniß. Gestern ward von Sir Samuel Browne allgemeine Parade gehalten. Der Emir war anwesend. Er ward mit einem Salutsschusse empfangen und die Truppen marschirten darauf vorbei. Im Lager wurden gestern Mittag 31 Salutsschüsse abgegeben bei der Nachricht von Unterzeichnung des Vertrages durch den Vicekönig.“

Aus Mandalay (Siam) vom 31. Mai geht der Daily News folgende Depesche zu: „Der König ist in schrecklicher Hestigkeit. Keiner der Minister wagt sich ihm zu nähern. Scharen der königlichen Leibwache begehen in der Stadt gewalthätige Handlungen. Die Uebung mit den Kriegsbooten hat angefangen. Während der letzten drei Monate hat die Einfuhr um 20 Lad abgenommen. Die Handelskammer von Rangoon hat der Regierung eine Denkschrift überreicht. Die Mütter der Young Jan Mingson-Prinzen, die Flüchtlinge sind, wurden in Eisen gelegt. Es war früher von unserer Regierung ausgemacht worden, daß jene ungekränkt bleiben sollten. Bis jetzt ist noch keine Entscheidung getroffen. Wahrscheinlich werden sie den Hungertod sterben.“



### Königreich Sachsen.

**Dresden, 3. Juni.** Der Rath von Dresden beschloß im November v. J. die Errichtung eines besondern Straßenmaterialfonds und wollte denselben die Summe von 250000 M. überweisen. Die Stadtverordneten waren mit der Errichtung eines solchen Fonds einverstanden, bewilligten aber für denselben nur 200000 M. Der Bauausschuß hat hierauf diese Angelegenheit nochmals umgehend erwogen, durch die stattgehabte Inventur aber die Ueberzeugung gewonnen, daß die von den Stadtverordneten bewilligte Summe zu niedrig ist, und beantragt deshalb, daß die vom Rath postulierte Summe aufrecht erhalten werde. Der Rath beschloß in seiner letzten Sitzung demgemäß. Infolge eines im Stadtverordnetencollegium eingebrachten Antrages, daß auch von den die beiden städtischen Brücken passirenden Reitern ein Brückenzoll erhoben werde, hatten die Stadtverordneten den Rath ersucht, über den Umfang des Verkehrs von Reitern auf den städtischen Elbbrücken Erörterungen anzustellen. Diese haben stattgefunden und hat sich danach herausgestellt, daß jährlich nur circa 3000 Reiter die Brücken passieren, die der Stadt, wenn von ihnen Brückenzoll erhoben werden sollte, noch nicht 300 M. einbringen würden. Die Stadtverordneten, denen von diesem Ergebnis Mitteilung gemacht worden war, beschloßen dennoch, daß ein Brückenzoll von den Reitern erhoben werde, und beantragten gleichzeitig, daß dafür von der Erhebung von Brückengeld bei Leichenconducten für Leichen- und Trauerwagen abgesehen werde. Der Rath trägt Bedenken, diesen Anträgen Folge zu leisten, und beschloß in Bezug auf den zweiten Antrag, lediglich für den Leichenwagen Brückenzoll nicht zu erheben.

Der Dresdner Anzeiger berichtet aus Dresden vom 5. Juni: „Aus Anlaß der Goldenen Hochzeit des Kaiserpaars sind bekanntlich mehrere hochadelige Herren zu einem Comité zusammgetreten, um zum Besten der Invaliden des gesammten Deutschen Reiches und zum Andenken an diese Feier die Errichtung eines Deutschen Militärcurhauses im Nordseebad Suhl zu erstreben. Es ist zur Freude aller Theilhaber bis zum heutigen Tage dieses Unternehmens mit dem schönsten Erfolge gefördert worden. Kaum hatte das Comité die Subscription bekannt gegeben, als von seiten mehrerer regierender Fürsten Interesse an dieser Stiftung bekundet wurde. Dem schönen Beispiele dieser hohen Herren folgend, fand ferner eine große Theilnahme von seiten der Aristokratie, des gesammten Offiziercorps, der Beamten und der Bevölkerung statt, sodaß eine namhafte Summe jenem Gründungsfonds zugewiesen werden konnte. Angesichts dessen wird es dem Comité für die Errichtung des Deutschen Militärcurhauses im Nordseebad Suhl recht bald gelingen, so manchem deutschen Invaliden und Soldaten während der Badezeit in Suhl eine Cur zu ermöglichen, die sonst nur dem Bemitteltesten zugänglich ist.“

Die Dresdner Nachrichten theilen mit: „Se. Maj. der König Albert wird namens der regierenden Fürsten Deutschlands dem deutschen Kaiserpaare aus Anlaß von dessen Goldener Hochzeit ein Geschenk überreichen, das in einer höchst ansehnlichen Geldsumme zur Errichtung von wohlthätigen Anstalten bestehen wird.“

**Leipzig, 5. Juni.** Gestern und heute waren in den Schulzimmern der ersten Etage der Ersten Bürgerschule eine große Anzahl Zeichnungen ausgestellt, welche in den hiesigen Schulanstalten gefertigt worden waren. Gleichzeitig tagte in der Aula desselben Gebäudes der Congress deutscher Zeichenlehrer, und zwar beschied aus den verschiedensten Orten des Deutschen Reiches, ja sogar auch aus Rußland (Petersburg). Es handelte sich hauptsächlich um die Verathung eines Entwurfes der Grundsätze, nach welchen von dem Vereine der deutschen Zeichenlehrer der Zeichenunterricht erteilt werden soll. Mit der Ausarbeitung eines solchen Entwurfes war bereits im vorigen Jahre eine Commission betraut worden, deren Arbeit den Gegenstand der Verathung durch den Congress bildete; letzterer beschloß die Genehmigung des vorgelegten Entwurfes.

Das Dresdner Journal theilt aus Dresden vom 5. Juni mit: „Die Kinderpest, welche zu Anfang Mai in Peterswald (Böhmen) von neuem ausgebrochen war, ist nunmehr erloschen, und sind deshalb die Sperrmaßnahmen wieder aufgehoben, auch ist der Militärcordon von der Elbe bei Schönau bis Zinnwald bei Altenberg zurückgezogen worden.“

**Leipzig, 6. Juni.** Ueber den hier, in dem ehemaligen Botanischen Garten, vom 13. bis 16. Juni abzuhaltenen zweiten internationalen Maschinenmarkt berichten die Leipziger Nachrichten folgendes: „Die jetzt daselbst errichteten Hallen fassen den Platz von drei Seiten ein. Vor ihnen gelangen die im Freien stehenden Maschinen und sonstigen Ausstellungsobjecte zur Aufstellung. An der vierten Seite wird der Platz durch einen schattigen, unter schönen alten Bäumen hinflührenden Weg begrenzt, auf welchem man zu der Hauptrestauration gelangt. Von dieser aus hat man über den großen, in der Mitte des Platzes gelegenen Teich hin einen Blick über die ganze Ausstellung. Den Besuchern des Maschinenmarktes, namentlich von auswärtig,

wird gerathen, demselben mindestens einen vollen Tag zu widmen, da bei der Mannichfaltigkeit der ausgestellten Objecte ohnedies ein gründliches Schauen und Prüfen nicht wohl möglich ist. Wer die Absicht hegt, den Aufenthalt in Leipzig zu benutzen, um auch die Kunstgewerbeausstellung zu besuchen, sollte zwei Tage bleiben. Für den zwischen beiden liegenden Abend bietet ein Besuch des Rosenthalers, des Zoologischen Gartens, des alten oder des neuen Schützenhauses, des Stadttheaters oder der Monatsoper im Carlotta-Theater, eine Kahnfahrt auf Schimmel's Teich oder entlang der Ufer der Pleiße nach Connewitz, oder endlich ein Ausflug in die Umgegend, angenehme Erholung, Unterhaltung und Abwechslung.“

### Handel und Industrie.

Der Deutsche Reichs-Anzeiger enthält folgende Bekanntmachung: „Aus die für das Jahr 1879 festzusetzende Dividende der Reichsbankanteile wird vom 16. Juni ab eine erste halbjährige Abschlagszahlung von 2 1/2 Proc. oder 67 M. 50 Pf. für den Dividendenschein Nr. 10 bei der Reichsbankhauptkasse zu Berlin, bei den Reichsbankhauptstellen zu Bremen, Breslau, Danzig, Dortmund, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Köln, Königsberg i. Pr., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Posen, Stettin, Straßburg i. E. und Stuttgart; bei den Reichsbankstellen in Aachen, Augsburg, Bielefeld, Braunschweig, Bromberg, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Ebing, Embes, Erfurt, Essen, Flensburg, Frankfurt a. D., Gera, Gleiwitz, Glogau, Görlitz, Graudenz, Halle a. S., Karlsruhe, Kassel, Kiel, Koblenz, Krefeld, Landsberg a. W., Liegnitz, Lübeck, Mainz, Memel, Metz, Minden, Mühlhausen i. E., Münster, Nordhausen, Nürnberg, Osnabrück, Sigen, Stolp, Stralsund, Thorn, Tilsit und bei den Reichsbankcommissarien in Anspenburg und Klessin erfolgen.“

**Barzin, 3. Juni 1879.** Der Reichsfanzler v. Bismarck.

— In Dessau wurde in den Tagen vom 3. und 4. Juni ein Congress des Vereins selbständiger Schuhmacher Deutschlands abgehalten. Aus den Verhandlungen erwähnen wir besonders den Vortrag des Schuhmachers W. Bierberg-Berlin über die Wiederbelebung der Innungen und die Errichtung von Gewerbekammern, der das Interesse der Versammlung in Anspruch nahm und eine lebhafteste Debatte hervorrief. Bierberg empfahl obligatorischen Innungszwang und Anschluß an den Ministerratssatz vom 4. Jan. d. J.

**Kriegsh. 5. Juni.** Wolfmarkt: Angefahren waren 5000 Ctr. Wolle, davon erkäuflich 1600 Ctr. Die Preisrückbildung betrug 24—36 M., Domaniawollen 180—220, Kusticalwollen 165—180 M. Die Wäsche ist durchschnittlich vorzüglich.

**Bremen, 5. Juni.** Petroleum niedriger. (Schlußbericht.) Standard white loco 8,10 per Juli 8, per August 8, per September-December 8,10 bez.

**Antwerpen, 5. Juni.** Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 20 bez., 20 1/2 Br., per Juli 20 bez., 20 1/2 Br., per September 20 1/2 Br., per September-December 20 1/2 Br. Weichend.

**Amerpool, 5. Juni.** Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner weichend, Surats unverändert. Widdl. amerikanische Juni-Juli-Lieferung 7, Juli-August-Lieferung 7 1/2 D.

Upland good ordinary 6 1/2, Upland low middl. 6 1/2, Upland middl. 7 1/2, Mobile middl. 7 1/2, Orleans good ordin. 6 1/2, Orleans low middl. 7, Orleans middl. 7 1/2, Orleans middl. fair 8, Pernam fair 7 1/2, Santos fair 7, Bahia fair 6 1/2, Macao fair 7 1/2, Maranhon fair 7 1/2, Egyptian brown middl. 6 1/2, Egyptian brown fair 8 1/2, Egyptian brown good fair 9 1/2, Egyptian white middl. —, Egyptian white fair 7 1/2, Egyptian white good fair 7 1/2, Smyrna fair —, M. S. Broad fair 5 1/2, Dholerah middl. 4, Dholerah good middl. 4 1/2, Dholerah middl. fair 5 1/2, Dholerah fair 5 1/2, Dholerah good fair 5 1/2, Dholerah good 6 1/2, Domra fair 5 1/2, Domra good fair 5 1/2, Domra good 6 1/2, Scinde fair 4 1/2, Bengal fair —, Bengal good fair 5 1/2, Madras Tinnevelly fair —, Madras Tinnevelly good fair 5 1/2, Madras Western fair 5 1/2, Madras Western good fair 5 1/2.

**Bradford, 5. Juni.** Wolle ruhig, wollene zweifarbige Garne matt, wollene Stoffe besser.

### Börsenberichte.

**Berlin, 6. Juni, 12 Uhr 10 Min.** Eröffnungsbörsen. Def. Creditact. 466,50, Def.-Franz. Staatsb. 486,50, Def. Sildbahn (Romb.) 141,50, Berg.-Märk. 91,50, Rdn-Mindener 132,—, Galiz. Karl-Ludwigsb. 107,25, Rhein. 128,50, Rumän. 32,—, Disconto-Comm. 154,25, Königs- und Laurabütte 75,10, Def. Lose v. 1860 123,—, do. Goldrente 69,70, do. Silberrente 61,60, do. Papierrente 59,50, Russ. Anl. v. 1877 88,40, do. Bantn. 199,50, Deutsche B. 119,—, Ung. Goldrente 82,60, Tendenz: ruhig.

Aus Wien bekannte Curse von 11 Uhr 10 Min. vorm. Def. Creditact. 266,10, Def.-Franz. Staatsbahnact. 277,—, Def. Sildbahn (Romb.) —, Galiz. Karl-Ludwigsb. —, Def. Goldrente 79,—, Deutsche Marknoten 66,96, Napoleonsd'or 9,26 1/2, Tendenz: matt.

**Berlin, 5. Juni, 1 Uhr 50 Min.** Oesterreich.-Franz. Staatsbahnact. 487,—, do. Sildbahn (Romb.) 141,50, do. Creditact. 467,50, Disconto-Comm. 154,60, Berg.-Märk. 91,50, Rdn-Mindener 132,—, Rhein. 129,—, Galiz.-Ludwigsb. 107,50, Russ. Anl. v. 1877 88,40, do. Bantn. 199,—.

**Berlin, 5. Juni, 3 Uhr — Min.** Fonds. Deutsche Reichsanleihe 99,40, 4 1/2 Proc. praeß. consol. Anl. 99,—, 5 Proc. (schl.) Rente 75,70, Oester. 1860er Lose 122,90, do. Papierrente 59,90, do. Silberrente 61,60, do. Goldrente 69,90, Ungar. Goldrente 83,—, russ. consol. 5 Proc. Anleihe v. 1877 88,50, do. Prämienanleihe 149,80.

**Bankactien.** Allg. Deutsche Creditanst. 131,25, Chemn. Bank. 82,50, Darmst. Bf. 129,50, Deutsche Bf. 118,60, Deutsche Reichsb. 164,80, Disconto-Comm. 154,—, Dresd. Bf. 114,30, Geraer Bf. 89,—, do. Handels- u. Creditbank 40,—, Gotthard Bank 97,10, Leipziger Discontoges. 69,50, Meining. Creditanst. 83,75, Schlf. Bf. 108,75, Schbn. Bank. 23,50, Thür. Bf. 80,75, Weimar. Bf. 37,25. — Oester. Creditanst. 467,50.

**Industrieactien.** Gelsenkirchen 102,25, Königs- u. Laurabütte 79,—.

**Eisenbahnactien.** Kuffig-Teplitzer 156,25, Berlin-Posn. Magdeb. 91,75, Berlin-Stettin 106,50, Dresd.-Schweidn.-Freib. 78,50, Halle-Sorau-Guben 15,25, Magdb.-Halberst. 141,25, Mainz-Ludwigsh. 76,50, Oberschl. L. A. 153,25, Def. Nordwestb. 233,—, Prag-Turnauer 40,25, Rumänier Stammact. 32,—, do. Stammprior. 89,30, Thür. 131,—, Weimar-Gera Stammprior. 24,25. — Berg.-Märk. 91,60, Berlin-Anh. 95,90, Rdn-Mind. 131,50, Galiz. Karl-Ludwigsb. 107,50, Franzosen 484,50, Lomb. 143,—, Rhein. 128,25, Sorten. Napoleonsd'or 16,22, Def. Banknoten 175,10, Russ. Bantn. 198,—, Def. Silbergulden —, Wechsel. Amsterdam l. S. 169,75, do. 2 M. 169,10, Belg. Bantpl. 10 Tage 81,05, do. 2 Mon. 80,75, London fur 20,42, do. 3 Mon. 20,365, Paris l. S. 81,—, Petersburg l. S. 197,50, do. 3 M. 197,10, Warschau l. S. 197,25, Wien l. S. 175,—, do. 2 M. 174,—.

**Frankfurt a. M., 5. Juni.** Schlußcurse: Londoner Wechsel 20,425, Wiener Wechsel 174,90, 3 Proc. Sächsische Rente 75 1/2, Def. Papierrente 59 1/2, do. Silberrente 61 1/2, do. Goldrente 70 1/2, Staatsb. 242 1/2, Lomb. 71 1/2, Galiz. 215 1/2, Def. Creditact. 233 1/2, Darmst. Bankact. 131, Deutsche Reichsbank 155 1/2.

**Hamburg, 5. Juni.** Silberrente 61 1/2, Goldrente 69 1/2, Creditact. 230 1/2, 1860er Lose 121 1/2, Franz. 605, Lomb. 171, Ital. Rente 81 1/2, 1877er Ruffen 88 1/2, Vereinsk. 122 1/2, Laurabütte 73 1/2, Commerzbant —, Norddeutsche 146, Intern. Bf. —, Amerit. 96 1/2, Rdn-Mind. 131 1/2.

**Wien, 5. Juni.** Schlußcurse. Papierrente 68,—, Silberrente 70,70, 1860er Lose 126,70, Nordwestb. 136,—, Bankact. 836,—, Creditact. 267,40, Anglo-Austr.-Bank 125,50, London 116,30, Silberrente 100,—, Ducaten 5,48, Napoleonsd'or 9,26, Galiz. 246,50, Staatsbahn 278,—, Lomb. 82,—, Goldrente 79,60, Deutsche Reichsbank 57,—.

**Paris, 5. Juni, 3 Uhr nachm.** 3 Proc. amortisirb. Rente 84 87 1/2, 5 Proc. Rente 82,60, 1872er Anleihe 116,45, Ital. 5 Proc. Rente 82,30, Def. Goldr. 69 1/2, Ung. Goldr. 84 1/2, 1877er Ruffen 91 1/2, Franz. —, Lomb. 178,75, do. Prior. 267,—, 1865er Türken 11,70, 1869er 69,—, Türkenlose 48,50.

**London, 5. Juni.** Consols 97 1/2, Ital. 5 Proc. Rente 81 1/2, Lomb. 7, 5 Proc. 1871er Ruffen —, do. 1872er 84 1/2, do. 1873er 85 1/2, Silber —, 1865er Tür. Anleihe 11 1/2, 1869er do. —, 5 Proc. Amerit. 105 1/2, Def. Silberrente 62 1/2, Papierrente —.

**Konstanz, 4. Juni abends.** Wechsel auf London in Gold 4,87 1/2, Wechsel auf Paris 5,13 1/2, 5 Proc. 520er Bonds 103 1/2, 1877er Bonds 103 1/2, Eriebahn 27 1/2.

**Berlin, 5. Juni.** Weizen per loco 170—210, per Juni-Juli 194,50, per Herbst 196,20, Roggen: loco 124,—, per Juni 121,70, per Juni-Juli 121,70, per Herbst 130,20, Rindung: 44, Tendenz: matt. Spiritus: loco 52,30, per Juni-Juli 51,60, per Juli-Aug. 52,90, per Aug.-Sept. 53,70, Rindung: 39, Tendenz: fest. Rübbi: loco 56,90, per Juni 56,70, per Herbst 57,40, Rindung: —, Tendenz: fest. Safer: per Juni 127,50, per Juni-Juli 127,50.

**Leipziger Productenbörse vom 6. Juni.** Witterung: Regnerisch. Spiritus loco 53,80 S.; höher.

**Leipzig, 6. Juni.** Es haben auch heute wieder, den von Berlin vorliegenden Notirungen entsprechend, Curserückgänge stattgefunden, die in einzelnen Fällen ziemlich erheblich waren. Die Haltung der Börse war dabei nicht wirklich matt, wenngleich dieselbe auch als eine feste nicht bezeichnet werden konnte. Das Geschäft war von mäßigem Umfange; größere Umsätze fanden nur auf dem Anlagemarkte statt, wofür sich Rechnung des Privatpublicums belangreiche Anläufe gemacht wurden.

Von den Staatspapieren waren 4 Proc. Sachsen sehr beliebt; in Renten fanden gleichfalls einige größere Abschlüsse statt. Ausländische Fonds still und Renten eher offerirt. Zu ermäßigten Curfen zeigte sich für Eisenbahnactien Kauflust; zu erwähnen sind hauptsächlich Thüringer, Rdn-Mindener, Rheinische, Magdeburg-Halberstädter, Stettiner, Rumänier und Buschtiebrader B; höher stellten sich Oraj-Köflacher und Prag-Turnauer; matter lagen Altenburger Leizer, dagegen hielten sich Anhalter und Buschtiebrader A gut. Von den Stammprioritäten waren Rottbus-Großenhain, Caschowitz-Renselwitz und Weimar-Gera recht fest. Bankactien ruhig; Leipziger Credit höher und beliebt. Leipziger Bank und Kassenverein sowie Weimarische Bank fest, Dresdener Bank schwach. Industrieactien still. Prioritäten ziemlich beliebt, namentlich Buschtiebrader und Prag-Duxer sehr beliebt.

### Neueste telegraphische Depeschen.

**Berlin, 6. Juni.** Se. Maj. der Kaiser hat gut geschlafen; die Geschwulst am Knie ist in weiterer erfreulicher Abnahme.

**Florenz, 5. Juni.** In dem wegen Wurfens von Delfini-Bomben vor dem hiesigen Schwurgerichtshofe geführten Prozesse wurden ein Angeklagter zu lebenslänglicher Strafarbeitsstrafe, zwei Angeklagte zu zwanzigjährigem Gefängniß, vier Angeklagte zu neunzehnjährigem Gefängniß verurtheilt, zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

**Kopenhagen, 5. Juni.** Bei dem aus Anlaß der Universitätsjubelfeier heute stattgehabten Festdiner dankte der russische Gesandte Staatsrath Mohrenheim in dänischer Sprache namens der an der Feier theilnehmenden Gäste, insbesondere auch der Vertreter der ausländischen Universität Helsingfors und brachte einen mit großem Beifall aufgenommenen Toast auf die Universität Kopenhagen aus, in welchem er darauf hinwies, daß das Ansehen eines Landes immer dem Ansehen und der Bedeutung seiner Universität entspreche.

**Petersburg, 6. Juni.** Die Großfürstin Maria Pawlowna verbrachte die Nacht vom 4. zum 5. Juni sehr gut; Temperatur 5 Uhr morgens 36, Grad. Der Kaiser empfängt täglich Berichte über den Zustand seiner Schwiegertochter.

**Leipziger Adressen-Verzeichnis:**

- Amsterdam pr.
- Berlin pr.
- Breslau pr.
- Dresden pr.
- Frankfurt a. M. pr.
- Hamburg pr.
- Königsberg pr.
- Leipzig pr.
- München pr.
- Nürnberg pr.
- Petersburg pr.
- Prag pr.
- Stettin pr.
- Wien pr.
- Zürich pr.



Leipziger Börse.

8. Juni.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, Brüssel, London, and Petersburg.

Deutsche Fonds.

Large table of German bonds and securities, including titles like 'Deutsche R.-Anl. 1877 v. 5000-3000' and 'Eisenbahn-St.-Pr.-Actien'.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for Amsterdam, Brüssel, London, and Paris.

Sorten.

Table of various types of securities and bonds, such as 'Vollwicht. Preuss. Friedrichsdor'.

Eisenbahn-Stamm-Act.

Table of railway stock prices for various companies like 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Table of international stocks and bonds, including 'Berlin-Görlitzer 100' and 'Russ.-Anl. 1877'.

Table of railway stocks, including 'Eisenbahn-St.-Pr.-Actien' and 'Altenburg-Zeitz'.

Table of bank and credit stocks, including 'Allg. D. Cr.-A. Leipzig' and 'Berl.-Disc.-Ges.'.

Table of industrial and priority stocks, including 'Chemn. A.-Spinnerei' and 'Kett.-Schl.-Sch.-A. D. O.'.

Table of foreign funds, including 'Oesterr. Goldrente' and 'Ungar. Papierrente'.

Table of foreign stocks, including 'Oesterr. Goldrente' and 'Ungar. Papierrente'.

Table of international stocks and bonds, including 'Russ.-Anl. 1877' and 'Oesterr. Goldrente'.

Table of railway stocks, including 'Eisenbahn-St.-Pr.-Actien' and 'Altenburg-Zeitz'.

Table of coal stocks and priorities, including 'Kohlen-Act. u. Prior.' and 'Friedensgrube Meuselwitz'.

Table of coal stocks and priorities, including 'Kohlen-Act. u. Prior.' and 'Friedensgrube Meuselwitz'.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Sonnabend, 7. Juni. Zum ersten male: Die Kinder des Kapitan Grant. Großes Ausstattungsspiel mit Ballet in 12 Bildern von Jules Verne und A. L'Encrey.

Deutscher bearbeitet von H. Schelker. Musik von E. A. Raiba. Die Ballettmusik vom Capellmeister W. E. Mühlbacher.

Abonnement-Bestellung.

Subscription information for the theater.

Subscription information for the theater.

Subscription information for the theater.



